



05.2014

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

VERBÄNDE



DNR intern	29
Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: Rechtsextremismus	

THEMEN DES MONATS

Europapolitik

Grünes Wachstum gescheitert?

**Nur wenn politische Alternativen deutlich werden,
hat Europa eine Chance**

Seite 2

Europawahl

Zeit für eine nachhaltige EU

**Die Europäische Union steht vor einer richtungweisenden
Entscheidung**

Seite 4

Abfallpolitik

Mehr Kreislauf bitte!

**Die europäische Abfallpolitik braucht einen
Paradigmenwechsel**

Seite 6

Interview: Europawahl

„Nicht nur Ja und Nein sagen“

**Die Spitzenkandidatin der Europäischen Grünen will sich weiter
für eine gerechtere Handelspolitik einsetzen**

Seite 23

Europapolitik

Grünes Wachstum gescheitert?

Nur wenn die politischen Alternativen deutlich werden, hat Europa eine Chance

Die Europa-2020-Strategie der Europäischen Kommission kann als ein Paradebeispiel für eine Strategie des umweltfreundlichen Wachstums gelten. Eine erste Zwischenbilanz zeigt aber: Eine grüne Ökonomie ist noch in weiter Ferne. Eine ökologische Transformation der EU ist nötig, um weniger Ressourcenverbrauch bei dauerhaftem Wirtschaftswachstum zu schaffen. ■ VON CHRISTIAN HEY

Die Bestandsaufnahme der Europäischen Kommission vom 5. März 2014 gibt Anlass zu einer ernüchternden Zwischenbilanz. Eine der sieben Säulen der Europa-2020-Strategie für ein nachhaltiges, intelligentes und inklusives Wachstum bezieht sich auf die Ressourceneffizienz in einem sehr breiten Sinne. Unter dieser Überschrift hat die Europäische Kommission Langfriststrategien für eine klimaschonende Ökonomie, den klimafreundlichen Umbau des Energie- und Verkehrssystems bis 2050, eine ökologische Qualifizierung des europäischen Haushalts inklusive der Reform der Agrar- und Strukturpolitik, eine erneuerte Biodiversitätsstrategie, den eigentlichen Ressourceneffizienzfahrplan mit vielen weitreichenden Ansätzen und nicht zuletzt auch das 7. Umweltaktionsprogramm entwickelt.

Feste Umweltsäule – ohne Nachhaltigkeit

Diese Programmatik ist sicher das Ehrgeizigste, was im internationalen Rahmen an regierungsamtlicher, langfristiger Strategiebildung zu finden ist. Dass ein solches Zielsystem überhaupt entwickelt werden konnte, hatte zwei Erfolgsbedingungen: Zum einen musste sich die Ressourceneffizienz dem übergeordneten Ziel unterordnen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Zum anderen sind die Mechanismen der internen Koordination in der Europäischen Kommission wesentlich gestrafft und gestärkt worden. Die zentrale Kontrolle innerhalb der Kommission war so stark, dass sich alle Initiativen der Europäischen Kommission durch ihren Beitrag zur Europa-2020-Strategie recht-

fertigen mussten. Zugleich sind auch die Mechanismen der wirtschaftspolitischen Koordination zwischen den Mitgliedstaaten gestärkt worden.

Durch das europäische Semester evaluiert die europäische Kommission regelmäßig die wirtschaftspolitischen Beiträge der Mitgliedstaaten zu den vereinbarten Zielen und Maßnahmen. Messlatte sind die Ziele der Europa-2020-Strategie. Diese deutlich zentralisierte Governance ist eine der wichtigsten Konsequenzen aus der relativ wirkungslosen Vorgängerstrategie von Europa 2020, also der Lissabon-Strategie von 2001. Insofern kann man feststellen, dass die Umweltsäule der Europa-2020-Strategie programmatisch wesentlich ausdifferenzierter und institutionell viel stärker in der Arbeit der Kommission verankert ist als die nur halbherzig verfolgte europäische Nachhaltigkeitsstrategie. Der Preis dafür ist aber, dass eine eigenständige europäische Nachhaltigkeitsstrategie von der Europäischen Kommission faktisch aufgegeben wurde.

Postwachstumsökonomie ist in Europa Wirklichkeit

Die Zwischenauswertung der Europa-2020-Strategie ergibt insgesamt ein ernüchterndes Bild. Man könnte von einem weitgehenden Scheitern sprechen. Das europäische Bruttonettoprodukt hat sechs Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise noch nicht wieder das Niveau von 2008 erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist seither um 6,5 Millionen gestiegen. Die Zahl der Menschen, die von Armut und finanzieller Not bedroht oder arbeitslos sind, ist innerhalb von drei Jahren um 10 Millionen auf 124

Millionen gestiegen. Die Einkommensungleichheit innerhalb der Mitgliedstaaten nähert sich US-amerikanischen Verhältnissen an. Nach Dekaden der Angleichung entwickeln sich auch die Mitgliedstaaten auseinander. Die durchschnittliche Staatsverschuldung steigt von 60-80 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf fast 90 Prozent bis 2015. Europa befindet sich also im Jahr sechs in einer real existierenden Postwachstumsökonomie mit allen unerfreulichen Begleiterscheinungen. In den Worten der Europäischen Kommission: „Die meisten der im Jahr 2010 festgestellten Probleme stellen sich auch heute noch, einige haben sich sogar verschlimmert.“ Deutschland gehört dabei aber zu den wenigen Krisengewinnern, sodass in der öffentlichen Debatte hier wenig politisch Substantielles zu dieser laut Kommission „schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit einer Generation“ zu hören ist.

Klima und Erneuerbare auf dem richtigen Weg?

Einzig bei den Klimaindikatoren gibt es relativ gute Nachrichten: Die EU befindet sich hinsichtlich der Reduktion der Klimagase auf der Zielgeraden. Bis 2020 wird sogar eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 24 Prozent gegenüber 1990 erwartet. Ein Teil dieser Verminderungen ist aber unmittelbares Resultat der Wirtschaftskrise und kann deshalb nicht als Erfolg verbucht werden. Dennoch ist aber auch ein Fortschritt zu verzeichnen: Bei einem Wachstum des BIP um 45 Prozent zwischen 1990 und 2012 gelang eine Reduktion der Treibhausgase um 18 Prozent. Der Preis dieses unerwarteten

Erfolges ist jedoch, dass das wichtigste europäische Klimaschutzinstrument der EU, der Emissionshandel, weitestgehend seine Steuerungskraft verloren hat und ohne eine deutliche Nachbesserung wesentlich über das für 2030 anvisierte Reduktionsziel von 40 Prozent hinaus auch nicht wiedergewonnen wird. Es gibt auf dem Zertifikatemarkt keine Knappheit und damit auch keinen substanzialen Preis. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien befindet sich bei einem Anteil von 14,4 Prozent im Jahre 2012 auf dem Zielpfad. Allerdings ist auch hier die Situation prekär: In der Rezession wurde die notwendige Vergütung der erneuerbaren Energien in einigen Ländern rückwirkend zusammengestrichen. Was der Kommission daher in ihrem Zwischenbericht übrig bleibt, ist Zweckoptimismus: „Die EU ist im Begriff, die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit einer Generation hinter sich zu lassen.“

Europäisches Semester hat zu wenig Durchschlagskraft

Diese Mischung aus Scheitern und relativem Erfolg erklärt die Europäische Kommission in ihrem Zwischenbericht durch die unterschiedliche Steuerungskraft und Verbindlichkeit der europäischen Politiken: Die Klima- und Energieziele sind rechtlich verbindlich und zumindest zum Teil durch Instrumente unterlegt. Das kann man von der wirtschaftspolitischen Koordination der EU nicht sagen. Hier kann man von einer deutlichen Asymmetrie sprechen: Fiskalpakt und die Disziplinierung der hoch verschuldeten Länder, die unter dem Kuratel der Troika stehen, haben eine große Durchschlagskraft, das Instrument der europäischen wirtschaftspolitischen Koordination, das europäische Semester jedoch nicht. Das europäische Semester setzt auf den zwischenstaatlichen Ansatz der zielorientierten vertieften Zusammenarbeit, die die Zustimmung aller Mitgliedstaaten voraussetzt. Weil es also dabei auf die Gemeinschaftsmethode durch das ordentliche Rechtssetzungsverfahren mit dem europäischen Parlament verzichtet, ist es vergleichsweise schwach. Im Rahmen des europäischen Semesters

werden jährlich die Fortschritte bei wichtigen Schlüsselindikatoren der Europa-2020-Strategie sowie die Maßnahmen der Mitgliedstaaten beobachtet und vom Europäischen Rat bewertet. Die zentralen kurzfristigen Prioritäten werden von der Europäischen Kommission in ihrem jährlichen Wachstumsbericht allgemein formuliert. Zudem entwickelt sie länderspezifische Empfehlungen, deren Verfehlung sogar sanktioniert werden kann. Wie eine Studie des Thinktanks Bruegel belegt, stehen die länderspezifischen Empfehlungen allerdings nicht in vollem Einklang mit den allgemeinen Leitlinien der Europäischen Kommission. So wird darin auch die Beseitigung aller Ungleichgewichte angemahnt, dazu gehören auch die Handelsbilanzüberschüsse einzelner Länder wie Deutschland. Davon ist im Länderbericht aber nicht mehr viel übrig geblieben.

Wirtschaftsagenda und Umweltagenda verkoppeln

Notwendig wäre daher, die Mechanismen der europäischen Wirtschaftspolitik wesentlich zu stärken und dabei auch die Überschussländer stärker in die Pflicht zu nehmen, mehr zu investieren und zu konsumieren. Nur so lassen sich die Ungleichgewichte im Euroraum reparieren, ohne die gefährliche Spirale eines Standortwettkampfs nach unten zu beschleunigen. Dabei gilt es aber, zwei Risiken zu vermeiden: einerseits, dass sich diese Wirtschaftspolitik zu eng an den ordnungs- und fiskalpolitischen Vorstellungen von Bundesbank und Bundesregierung orientiert und dabei der Inflationsbekämpfung und Haushaltskonsolidierung Vorrang gegenüber anderen mindestens ebenso wichtigen Zielen gibt. Andererseits, dass die wirtschaftspolitische Agenda von der umwelt-, klima- und ressourcenpolitischen Agenda abgekoppelt wird. Eine ökologisch blinde „Reindustrialisierung“ beziehungsweise öffentliche und private Investitionen, die nicht den Erfordernissen einer klimaschonenden und ressourceneffizienten Ökonomie entsprechen, sind nicht zukunftsfähig. Viele Vorschläge der Europäischen Kommission für eine ressourceneffiziente Wirtschaft sind von

den Mitgliedstaaten bisher abgelehnt oder nur halbherzig unterstützt worden. So ist die ökologische Reform der europäischen Agrarpolitik erfolgreich und substanzial verwässert und sind ambitioniertere Klimaschutzziele für 2020 verhindert worden. Eine ernst zu nehmende Unterstützung für die Beseitigung umweltschädlicher Subventionen oder eine ökologische Finanzreform ist nicht zu bemerken – eher das Gegenteil. Deutschland befindet sich hierbei oftmals im Lager der Reformgegner.

Es geht also nicht nur um mehr Europa, sondern auch um den Inhalt einer gesellschaftlich inklusiven und zugleich ökologischen Transformation der EU. Beide Fragen, die des „wie viel Europa?“ und des „wohin?“ könnten und sollten Gegenstand des demokratischen Wettbewerbs um die Meinungsführerschaft sein. Hierfür bieten die anstehenden Wahlen eine Gelegenheit, wenn die politischen Parteien ihre alternativen Entwicklungspfade für einen Weg aus der Krise für die Wähler und Wählerinnen klar herausarbeiten und zur Abstimmung stellen. Nur wenn es gelingt, bei den kommenden Wahlen die unterschiedlichen Vorstellungen über das europäische Entwicklungsmodell und die Politisierung der europäischen Idee zu vermitteln, lassen sich die resignative Wahlabstinz und der Missbrauch der europäischen Frage für nationalistische oder ausländerfeindliche Reflexe verhindern.

Der Artikel ist eine persönliche Meinungsäußerung des Autors.

Der Verwaltungs- und Politikwissenschaftler Dr. Christian Hey ist Generalsekretär des Sachverständigenrats der Bundesregierung für Umweltfragen (SRU).

Kontakt:
Tel. +49 (0) 30 / 263696110,
E-Mail:
christian.hey@umweltrat.de,
www.umweltrat.de



Europawahl

Zeit für eine nachhaltige EU

Die Europäische Union steht vor einer richtungweisenden Entscheidung

Die Krisenpolitik spaltet Europa, die Bürgerinnen und Bürger kehren der EU und ihren Institutionen den Rücken, soziale und ökologische Probleme in den Mitgliedstaaten nehmen zu. Die Mängelliste ist lang, doch den europäischen Politikerinnen und Politikern fällt nur wenig ein. Dennoch: Bei den Europawahlen im Mai geht es auch um einen Neuanfang in der EU. ■ VON DANIEL HISS, DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

Vom 22. bis zum 25. Mai sind alle Europäerinnen und Europäer aufgerufen, ein neues EU-Parlament zu wählen. Das ist auch die Chance, die Ausrichtung der EU-Politik bis 2019 mitzubestimmen: Die Europäische Union prägt maßgeblich die Politik in ihren Mitgliedstaaten. Rund 80 Prozent der Umweltgesetzgebung hat ihren Ursprung in Brüssel. Das Parlament hat dabei als einzige EU-Institution eine direkte demokratische Legitimation. Wie viele Bürgerinnen und Bürger dem Wahlauftrag wirklich folgen werden, ist indes nur schwer vorherzusagen. Bei der letzten Europawahl 2009 lag die Wahlbeteiligung EU-weit bei 43 Prozent. Deutschland lag nur 0,3 Prozentpunkte über dem europäischen Durchschnitt.

Lissabonvertrag schafft neue Optionen

Dabei geht es bei dieser Wahl um nicht weniger als die Zukunft der Europäischen Union. „A better Europe now“ fordert die Spring Alliance, ein Zusammenschluss der europäischen Umwelt-, Sozial-, Entwicklungs- und Gewerkschaftsdachverbände, in ihrem Wahlmanifest. Die Antworten der Parteien bleiben allerdings vage: Statt Visionen und konkrete Vorschläge zur Modernisierung der EU aufzuzeigen, scheinen sie vor der wachsenden Zahl der Europaskeptikerinnen und -skeptiker zu kapitulieren. Ein fataler Fehler, schließlich geht es bei der kommenden Wahl um ganz neue Machtperspektiven für die europäischen Parteien – und damit auch um neue Chancen für eine europäische Demokratie.

Zum ersten Mal in der Geschichte der EU-Wahlen treten die europäischen Parteienfamilien mit gemeinsamen Spitzen-

kandidatinnen und Spitzenkandidaten an, die sich gleichzeitig um das Amt des Kommissionspräsidenten bewerben. Der Vertrag von Lissabon, der Ende 2009 in Kraft getreten ist, hat das EU-Parlament weiter aufgewertet und soll auch der Wahl des europäischen Spitzenpersonals einen demokratischen Anstrich verpassen: Bisher haben die europäischen Staats- und Regierungschefs den Posten des Kommissionspräsidenten unter sich ausgehandelt. In Zukunft sollen sie die Ergebnisse der Europawahl berücksichtigen und einen Kandidaten entsprechend den Mehrheitsverhältnissen im Parlament vorschlagen.

Große Begeisterung hat die neue Verfahrensweise bei den Staats- und Regierungschefs nicht ausgelöst. Im Gegenteil: Allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich lange dagegen gesträubt. Inzwischen scheint aber auch ihr klar zu sein: Wer mehr demokratische Mitsprache und Einflussnahme ankündigt, sollte sich auch daran halten. Andernfalls setzt er das ohnehin schon ramponierte Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäischen Institutionen gänzlich aufs Spiel. Die Bürgerferne der EU-Strukturen lässt sich nur durch mehr Transparenz und mehr Demokratie beseitigen – nicht durch leere Ankündigungen. Da ist es nur folgerichtig, dass die Europaabgeordneten Mitte März forderten, auch die übrigen Kommissionsposten mit gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertretern zu besetzen.

Trotz Neuerungen – der Wahlkampf nimmt noch nicht so richtig Fahrt auf. Die CDU hat erst Anfang April ihr Wahlprogramm beschlossen und ihren nationalen Spitzenkandidaten David McAllister gekürt. Ähnlich lange hat die Europäische Volkspar-

tei gebraucht, um die Homepage ihres Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker online zu stellen. Auf ihren Wahlplakaten wirbt die CDU übrigens mit Angela Merkel statt mit McAllister oder Juncker – wie ein engagierter Wahlkampf für Europa wirkt das nicht.

Wahlkampf ohne Visionen

Da sieht es bei der SPD schon anders aus: Seit Langem steht Parlamentspräsident Martin Schulz als europäischer und deutscher Spitzenkandidat fest und gibt der Kampagne ein Gesicht – aber ohne Kanten und prägnante Visionen. Stattdessen Vorschläge – etwa zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa –, die überall gut ankommen und die fast alle mittragen. Viel mehr als ihr Wahlmotto „Europa neu denken“ hat die SPD auch der wachsenden Gruppe der Europaskeptiker und Rechtspopulisten nicht entgegensetzen, die mit dezidiert antieuropäischer Rhetorik auf Stimmenfang gehen. Um Umweltpolitik und Klimaschutz geht es im Wahlkampf bislang noch gar nicht.

Aus Sicht des Deutschen Naturschutzbundes (DNV) und 19 weiteren deutschen Umweltorganisationen reichen die Parteienforderungen daher nicht aus, um die EU aus ihrer gegenwärtigen ökonomischen, ökologischen und politischen Krise zu führen. Für die Verbände ist das Ziel klar: Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen das EU-Parlament zum Motor für ein nachhaltiges Europa machen sowie die ökologische, soziale und politische Modernisierung der EU in der kommenden Legislaturperiode vorantreiben. Dazu gilt es den Titel des 7. Umweltaktionsprogramms „Gut leben innerhalb der Belastbarkeit unseres Planeten“ politisch in die Tat umzusetzen.

Umweltpolitik im Herzen Europas

Konkreten Handlungsbedarf gibt es vor allem in der Klima- und Energiepolitik, der Agrarpolitik, dem Schutz von biologischer Vielfalt und Ökosystemen sowie in der europäischen Freihandelspolitik. Die geplanten Handels- und Investitionspartnerschaften der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) lehnen die Umweltorganisationen ab. Bei beiden Abkommen geht es vor allem um Deregulierung und Liberalisierung. Weder die Abschaffung ökologischer und sozialer Standards noch die Aushöhlung der Demokratie durch intransparente Verhandlungen oder geplante Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeiten sind hinnehmbar. Als demokratische Vertretung der europäischen Bürgerinnen und Bürger muss sich das neu gewählte EU-Parlament daher gegen die Freihandelsabkommen der EU aussprechen. Der BUND hat einen Kandidatencheck zu TTIP online gestellt, der Informationen über die Einstellung der EU-Kandidatinnen und -Kandidaten im Wahlkreis zum Freihandelsabkommen EU-USA liefert.

Statt den Schutz von Natur und Menschen leichtfertig aufs Spiel zu setzen, müssen sich die Abgeordneten vielmehr dafür einsetzen, den Verlust der biologischen Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosysteme zu stoppen. Ökosystemleistungen wie schadstofffreie Luft und Böden, qualitativ hervorragendes Trink- und Grundwasser, der gute ökologische Zustand von Gewässern sowie gesunde Nahrungsmittel sind Voraussetzung für Wohlergehen und jegliche wirtschaftliche Tätigkeit. Umfragen zeigen immer wieder, dass sich die Bürgerinnen und Bürger eine starke und führende Rolle der EU beim Schutz ihrer Lebensgrundlagen wünschen. Sie wollen eine starke Naturschutz- und Umweltpolitik in Europa.

Auch die Agrarwende bleibt ein wichtiges Thema für die Umweltverbände, denn der Umstieg auf eine ökologisch und bäuerlich geprägte Agrarkultur ist noch weit entfernt. Zwar hat die EU in der vergangenen Legislaturperiode mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einen ersten kleinen Schritt gemacht, der Weg weg von der industriellen Landwirtschaft

ist aber noch weit. Die EU muss etwa die Massentierhaltung stoppen und das Konzept der flächengebundenen Tierhaltung einführen. Außerdem muss sie künftig ihrer internationalen Verantwortung besser gerecht werden und den Hunger in der Welt bekämpfen. Dazu gilt es nicht nur den Entwicklungsetat aufzustocken, sondern auch zehn Prozent dieses Etats zur Unterstützung von Kleinbauern in Entwicklungsländern zu nutzen.

Nachholbedarf in der Klimapolitik

In der nächsten Legislaturperiode will die EU auch ein neues Klima- und Energiepaket für 2030 beschließen – doch die Ziele im Kommissionsvorschlag sind so niedrig, dass ein Zusammenbruch des Emissionshandels und Stillstand bei Energiesparen und erneuerbaren Energien vorprogrammiert sind. Das europäische Parlament muss das verhindern und sicherstellen, dass die europäischen Treibhausgase bis 2030 um mindestens 55 Prozent sinken, erneuerbare Energien auf 45 Prozent wachsen und der Energieverbrauch um 40 Prozent fällt. Auch der marode Emissionshandel muss gerettet und saniert werden.

In den vergangenen Jahren hat sich das EU-Parlament allerdings nicht gerade als verlässlicher Partner in der Klimapolitik erwiesen. Der DNR und das Climate Action Network Europe (CAN) haben das Abstimmungsverhalten aller Abgeordneten bei den zehn wichtigsten Entscheidungen zur Klima- und Energiepolitik der Legislaturperiode von 2009 bis 2014 analysiert. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei schnitt aus Umweltsicht dabei besonders schlecht ab. In Deutschland haben die EuropaparlamentarierInnen von Bündnis 90/Die Grünen beim Klimaschutz die Nase vorne – dicht gefolgt von den Abgeordneten von SPD und Linken. Besonders schlecht schnitt hingegen die CSU ab.

Abstimmen für ein nachhaltiges Europa

Die Analyse zeigt auch: In der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Umwelt- und Klimapolitik auf der Strecke geblieben. Auch die Wahlprogramme der

Parteien sprechen eine ähnliche Sprache: Wirtschaftswachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die obersten Prioritäten. Dabei liegen gerade in Effizienzpolitik, Recycling oder Kreislaufwirtschaft enorme Wachstumschancen und Potenziale für grüne Jobs.

Daher gilt es jetzt für eine Vision von Europa zu werben, die Menschen und Umwelt an die erste Stelle stellt. Dafür braucht es neue politische Mehrheiten im EU-Parlament, die den notwendigen und radikalen politischen Wandel ermöglichen. Das neue Parlament und die kommende EU-Kommission müssen mit der gegenwärtigen Austeritäts- und Deregulierungspolitik der EU brechen. Diese konnte die ökonomische Krise nicht lösen, sondern hat vielmehr die soziale und ökologische Krise in Europa verschärft sowie zum Vertrauensverlust in politische Institutionen geführt. Zu wenig ist bislang passiert, um die EU ökologisch, sozial, ökonomisch und politisch nachhaltig zu gestalten. Das gilt es schnellstmöglich nachzuholen, ehe Rechtspopulisten und Europafeinde in den Mitgliedstaaten das zu verhindern wissen. Deshalb: am 25. Mai wählen gehen – für ein besseres Europa jetzt!

Weiterführende Links

- ▶ DNR-Steckbrief zur Europawahl: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europawahl-2014.pdf
- ▶ Umweltpolitische Kernforderungen: www.eu-koordination.de/PDF/umweltpolitische_kernforderungen_europawahl2014.pdf
- ▶ Klimaranking der EU-Abgeordneten: www.caneurope.org/voteforclimateaction/index.php?gktab=3
- ▶ TTIP-Kandidatencheck: www.ttipcheck.eu

Der Diplom-Politikwissenschaftler Daniel Hiß arbeitet für die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzinges (DNR) und koordiniert die Verbändeaktivitäten zur Europawahl.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-81,
E-Mail: daniel.hiss@dnr.de,
www.eu-koordination.de

Abfallpolitik

Mehr Kreislauf bitte!

Die europäische Abfallpolitik braucht einen Paradigmenwechsel

Wertvolle Ressourcen landen weiterhin als Abfall auf Mülldeponien und in der Verbrennung anstatt in Recyclinganlagen. Abfall- und Ressourcenpolitik werden in Europa noch immer nicht konsequent zusammengedacht. Die bestehenden abfallrechtlichen Regelungen in Europa sind nicht dazu geeignet, das Ziel einer ressourceneffizienten und umweltfreundlichen Gesellschaft zu erreichen. ■ VON THOMAS FISCHER, DEUTSCHE UMWELTHILFE

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik hat das Jahr 2014 zum europäischen Jahr des Abfalls und der Kreislaufwirtschaft erklärt. Vermeiden, wiederverwenden, recyceln und entsorgen – diese Abfallhierarchie zu verwirklichen ist das erklärte Ziel der Europäischen Kommission. Allerdings hat Potočnik erkannt, dass die Rahmenbedingungen zur konsequenten Umsetzung dieses Ziels nicht gegeben sind. Aus diesem Grund will die Kommission noch vor dem Sommer 2014 ein kohärentes Paket zu Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft vorlegen, in dem ein überarbeitetes Abfallrecht eine zentrale Rolle einnehmen soll.

Die Kommission sendet das richtige Signal, wenn sie die europäische Abfallpolitik unter Beachtung des bestehenden strategischen Rahmens zur Steigerung der Ressourceneffizienz überprüft. Um geeignete Rahmenbedingungen für die tatsächliche Entwicklung einer gesamteuropäischen Kreislaufwirtschaft zu schaffen, ist allerdings viel mehr als ein politisches Signal notwendig: Es braucht einen Paradigmenwechsel!

Ressourcenverschwendungsfalle schnappt in Europa zu

Ressourcenschutz spielt in der europäischen Abfallpolitik noch immer nicht die Rolle, die er spielen müsste. Noch stehen die Beseitigung und Energiegewinnung im Vordergrund. Es mangelt an einer koordinierten und zielgerichteten Politik des Ressourcenschutzes. In der EU fallen jährlich über 2,5 Milliarden Tonnen Abfälle an. Von diesem Abfall landen 34 Prozent auf Mülldeponien und 24 Prozent in

Verbrennungsanlagen. Der Recyclinganteil liegt EU-weit bei lediglich 27 Prozent. Die niedrige Recyclingquote zeigt das Dilemma der europäischen Abfallpolitik: Die EU-Staaten wollen sich lieber schnell und kostengünstig der Abfälle entledigen, ohne dabei Investitionen für den Aufbau einer Recyclingstruktur tätigen zu müssen. So verwerten Malta, Kroatien, Rumänien und Lettland nur einen sehr geringen Anteil des Haushaltsmülls. 2012 haben die Länder bis zu 99 Prozent der Abfälle auf Mülldeponien entsorgt.

Nationale Deponiesteuern einzelner EU-Mitgliedstaaten sind viel zu gering, um eine alternative Verwertung fördern zu können. Zudem finden häufig keine wirksamen Kontrollen der Abfallablagerung statt. Dieses Problem lässt sich nur durch ein Verbot der Ablagerung unvorbehandelter Abfälle lösen. Gleichzeitig müssen weitere Maßnahmen zur Förderung von Recyclingsystemen getroffen werden, um zu verhindern, dass der nicht auf Deponien abgelagerte Materialstrom in Verbrennungsanlagen landet.

Das Verbrennen recyclingfähiger Materialien, insbesondere energiereicher Kunststoffe, gefährdet nach wie vor die Entwicklung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Die Ursache dafür sind Überkapazitäten von Müllverbrennungsanlagen in vielen EU-Staaten, darunter auch Deutschland, die das Recycling unwirtschaftlich machen. Häufig sind die Kapazitäten in der Entsorgung größer als die anfallende Abfallmenge, und die Anreize, den Abfall zu recyceln, gering. Trotzdem plant die Industrie den Bau weiterer Müllverbrennungsanlagen – zum Beispiel in Polen. Auch aus EU-Mitteln fließen Zuschüsse in

solche Projekte. Zudem müssen sich Anlagenbetreiber nicht am Treibhausgasemissionshandel beteiligen. Solche „Geschenke“ aus Brüssel gefährden die Ziele des selbst aufgestellten Fahrplans für ein ressourcenschonendes Europa, der vorsieht, Anreize zur Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling zu schaffen. In Ländern wie Deutschland wird die Verbrennung von Kunststoffen mit einem Heizwert von mehr als 11.000 Kilojoule pro Kilogramm sogar mit einer stofflichen Verwertung gleichgesetzt. Die Kommission muss eine Eins-zu-eins-Umsetzung der fünfstufigen EU-Abfallhierarchie konsequent durchsetzen. Energiesteuern zu erheben und Subventionen zu streichen, können die Ressourcenvernichtung in Abfallverbrennungsanlagen leicht unrentabel machen.

Abfall- und Ressourcenpolitik verzahnen

Sowohl die Wirtschaft als auch unsere Lebensqualität hängen von natürlichen Ressourcen ab. Ein Weg zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung ist, die zunehmend knappen und teuren Ressourcen zur Wiederverwertung in einen Kreislaufprozess zu überführen. Die EU-Kommission hat Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft als eine von drei Säulen der europäischen Rohstoffstrategie definiert. Und so sieht es auch das Europäische Parlament, das dem effizienten Umgang mit Rohstoffen und der Organisation einer Kreislaufwirtschaft die größte Priorität bei der zukünftigen Sicherstellung der Versorgung mit Rohstoffen beimisst. Darauf lässt sich aufbauen, wenn es um die Frage geht, wie die Europäische Union mit Abfällen umgehen sollte.

Die Entwicklung der europäischen Entsorgungs- zur Versorgungswirtschaft kann nur gelingen, wenn hohe Recyclingquoten und Qualitätsansprüche Innovations-treiber sind. Allerdings hinken die Recyclingquoten dem Stand der Technik weit hinterher. Aufgrund der niedrigen europäischen Recyclingquote von 22,5 Prozent für Verpackungsmaterialien ist deren wirtschaftliches Potenzial noch weitestgehend ungenutzt.

Sowohl in der Abfallrahmenrichtlinie als auch der Verpackungsrichtlinie müssen verbindliche und höhere Recycling-Ziele festgelegt werden. Für Materialien, wie beispielsweise Kunststoffe, Metalle, Glas und Papier sollte die EU bis 2020 Recyclingquoten von 85 Prozent anstreben. Um die Recyclingqualität und die Entwicklung einer Recyclingwirtschaft zu unterstützen, müsste es zusätzlich eine Verpflichtung zur getrennten Erfassung von Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen geben. So lange ambitionierte Quotenvorgaben und Sammelsysteme fehlen, wird die Recyclingbranche in ihrer Nische verhaftet bleiben und die ihr zugedachte Rolle als zentraler Rohstofflieferant nicht erfüllen können.

Abfallvermeidung mitdenken

Ein Ansatz, der lediglich den Zugang zu Ressourcen durch die Nutzung von Abfällen erweitert, greift zu kurz. Damit würde die grundsätzliche Problematik des stetig wachsenden Ressourcenverbrauches unberücksichtigt bleiben. Deshalb gehören zu einer Betrachtungsweise von Abfällen als Wertstoffe auch untrennbar die Abfallvermeidung und der sparsame Umgang mit Ressourcen. Die EU muss konkrete und ambitionierte Ziele zur Vermeidung und Wiederverwendung sowie der Vorbereitung zur Wiederverwendung festschreiben. Zusätzlich sollte die Ökodesignrichtlinie, die sich bislang auf den Energieverbrauch von Produkten beschränkt, auch Aspekte der Material- und Ressourceneffizienz miteinbeziehen. Es gilt, die Weichen für Langlebigkeit und Recyclingfähigkeit bereits im Produktentwicklungsstadium zu stellen.

Es bleibt zu hoffen, dass die von Umweltkommissar Potočnik angekündigte Überarbeitung des europäischen Abfallrechts tatsächlich zu einem Paradigmenwechsel führt und das aktuelle Jahr des Abfalls und der Kreislaufwirtschaft in ganz Europa zu einem Erfolg werden lässt.

Der Diplom-Umweltwissenschaftler Thomas Fischer ist Bereichsleiter für Kreislaufwirtschaft bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 2400 867-43
E-Mail: fischer@duh.de
www.duh.de



Politikfeldübersicht Abfall

Im europäischen Jahr des Abfalls steht die Überarbeitung der europäischen Abfallpolitik auf dem Programm der EU-Kommission. Insbesondere die Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie kommt auf den Prüfstand, denn noch immer gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Außerdem steht durch das 7. Umweltaktionsprogramm der EU das Ziel einer „Zero Waste“-Gesellschaft auf der politischen Agenda für die kommenden Jahre – auch wenn der Weg dahin wohl noch lange dauert.

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings hat in einer Politikfeldübersicht Abfall wichtige Meilensteine der europäischen Abfallpolitik zusammengefasst. Die Übersicht veranschaulicht die wesentlichen Gesetzprozesse in der EU, zeigt ihren Bearbeitungsstand auf und gibt eine Vorausschau auf die geplanten Aktivitäten der EU-Kommission.

[red.]

► Zur Politikfeldübersicht:
www.eu-koordination.de/PDF/uebersicht-eu-abfallpolitik2013.pdf

Lebensnah statt abgehoben

Heute gelten Mendel und Darwin als herausragende Wissenschaftler – dabei waren sie anfangs nichts als blutige Laien. Mittlerweile gilt »Wissen & Forschen« als ein Privileg der Profis, das lebensnähere »Laienwissen« wird oftmals unterschätzt oder ignoriert. Dabei ist es präsen-ter denn je: Wikipedia ist Citizen Science pur und bürgerschaftliches Engagement ohne fundierte Fachkenntnisse undenkbar. Peter Finke legt die erste Einführung in die Welt des »Bürgerwissens« vor und fordert ein Ende der einseitigen Elitenförderung.

P. Finke

Citizen Science

Das unterschätzte Wissen der Laien

240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-466-1



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Verpackungen

Plastik kommt nicht in die Tüte

■ Das EU-Parlament hat sich im April dafür ausgesprochen, den Verbrauch von Plastiktüten in Europa bis 2019 um 80 Prozent zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, soll es künftig eine verpflichtende Abgabe auf Einwegtüten geben. EU-Mitgliedstaaten sollen außerdem die Möglichkeiten bekommen, verschiedene Arten von Plastiktüten komplett zu verbieten. „Die Reduzierung des Plastiktütenverbrauchs ist ein wichtiger Schritt, um den Plastikmüll und seine Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit in den Griff zu bekommen“, sagte die Fraktionsvorsitzende der Grünen im EU-Parlament Rebecca Harms.

Plastiktüten, die zur Verpackung von frischen Lebensmitteln wie Fisch oder Käse dienen, sollen vorerst allerdings kostenlos bleiben. Diese seien wichtig, um die Lebensmittel hygienisch einzuwickeln. Bis 2019 sollen aber auch diese abgeschafft und durch biologisch abbaubare Beutel ersetzt werden. Doch die sogenannten Biotüten bringen keine Vorteile. Sie werden aus Lebensmitteln wie Mais und Kartoffeln hergestellt und führen so zur Verknappung der Agrarflächen. Das hat Übernutzung und damit häufig auch Versäuerung und Überdüngung der Böden zur Folge. Auch die Entsorgung der Biobeutel ist schwierig. Für eine Kompostierung dauert der Abbauprozess zu lange. Zudem sind die Tüten auch nicht recycelbar, da sie aus zu vielen Mischstoffen bestehen. [lh]

► Berichtsentwurf (PDF):
kurzlink.de/ep-plasttuet14.pdf

Abfallpolitik

Grüner Jobmotor für Europa

■ Durch eine verbesserte europäische Abfallpolitik könnten bis 2025 etwa 750.000 neue Arbeitsplätze entstehen –

bis 2030 wären es 860.000. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Europäische Umweltbüro (EEB) Anfang April veröffentlichte.

In dem Bericht „Advancing Resource Efficiency in Europe“ zeigt das EEB die ökonomischen und ökologischen Potenziale einer ambitionierten Abfallpolitik auf. „Jeder sechste Jugendliche, der derzeit arbeitslos ist, könnte einen neuen Job bekommen“, sagte EEB-Abfallexperte Piotr Barczak. „Gute Umweltpolitik schafft Arbeitsplätze – und zwar viele.“ Außerdem könnten strenge Ziele für die Verringerung von Lebensmittelabfällen, für die Wiederverwendung von Kleidung und Möbeln sowie für Recycling dazu beitragen, weniger Müll zu verbrennen und die Herstellung neuer Produkte zu reduzieren. Das würde natürliche Ressourcen schonen und rund 415 Millionen Tonnen CO₂ einsparen.

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik will dieses Jahr die EU-Abfallrichtlinien überarbeiten. Die Kommission müsse die neue Abfallpolitik im Einklang mit dem Ressourceneffizienzfahrplan gestalten, forderte das EEB. Dazu müssten auch Indikatoren wie Material-, Land- oder Wasserverbrauch und der ökologische Fußabdruck von Produkten in die Abfallrichtlinien einfließen. Auch die Entsorgung von Abfällen in Mülldeponien sowie Müllverbrennung gelte es zu begrenzen. [dh, lh]

► EEB-Bericht (engl., PDF):
www.kurzlink.de/eeb-reseff-eu0414

Abfallstatistik 2012

Etwas weniger Müll, etwas mehr Recycling

■ Vor zwei Jahren haben die EU-Mitgliedstaaten 42 Prozent der behandelten Siedlungsabfälle recycelt oder kompostiert. Im Vergleich zu 2011 ist das ein Anstieg um zwei Prozentpunkte. Das geht aus der Eurostat-Abfallstatistik für 2012 hervor.

Deutschland verwertet fast zwei Drittel des Mülls und ist in diesem Punkt Spit-

zenreiter der Müllstatistik – gefolgt von Österreich und Belgien. Der Recyclinganteil in Deutschland beträgt 47 Prozent und der Anteil der kompostierten Abfälle liegt bei 18 Prozent. Malta, Kroatien, Rumänien und Lettland verwerten nur einen sehr geringen Anteil des Haushaltsmülls. 2012 haben die Länder noch immer bis zu 99 Prozent der Abfälle auf Mülldeponien entsorgt.

Der Statistik zufolge produziert Dänemark EU-weit mit 668 Kilogramm Abfall pro Person am meisten Müll. Aber auch Deutschland gehört zu den vier Ländern, in denen mehr als 600 Kilogramm Müll pro Kopf anfallen. In Tschechien, Polen, Kroatien, Rumänien und Lettland ist das Abfallaufkommen mit durchschnittlich 400 Kilogramm pro Einwohner im EU-Vergleich am niedrigsten.

Insgesamt ist das Abfallaufkommen EU-weit leicht gesunken: Während 2011 noch 503 Kilogramm Abfall pro Kopf entstanden, produzierte jeder EU-Bürger 2012 durchschnittlich 492 Kilo. Von diesem Abfall landen 34 Prozent auf Mülldeponien, 24 Prozent in Verbrennungsanlagen. Der Recyclinganteil liegt EU-weit bei 27 Prozent, zwei Prozentpunkte mehr als 2011. Der Anteil der kompostierten Abfälle beträgt wie im Vorjahr 15 Prozent. [lh, dh]

► Abfallstatistik (PDF):
www.kurzlink.de/eurostat-abfall-2012

Illegale Abfallexporte

Schärfere Kontrollen beschlossen

■ Das EU-Parlament hat Mitte April neue Regeln auf den Weg gebracht, um illegale Abfallexporte einzudämmen. Die neue Richtlinie soll bestehende Gesetzeslücken schließen und Kontrollen verschärfen. Die Mitgliedstaaten sind dann verpflichtet, ein Minimum an Vor-Ort-Kontrollen an Häfen und Verladestationen durchzuführen. Außerdem sollen die Inspektoren mehr Befugnisse erhalten und von mutmaßlichen illegalen Abfall-

exporteuren Nachweise einfordern dürfen. Am 1. Januar 2016 soll die Regelung in Kraft treten. [dh]

- Angenommener Verordnungstext (engl., PDF):
www.kurzlink.de/txtadpt-ec-1013-2006

Triclosan

EU beschließt Verbot

■ ExpertInnen von EU-Kommission und Mitgliedstaaten wollen die Nutzung des Biozids Triclosan in Textilien, Leder, Gummi, Farben und in Thermoplasten verbieten. Darauf verständigten sie sich Mitte März. Triclosan ist als Bakterienhemmer vor allem in Desinfektionsmitteln und Konservierungsstoffen enthalten. Anfang des Jahrtausends konnten ForscherInnen das Biozid aber auch in Bekleidung oder Schneidebrettern nachweisen. Triclosan gilt als umwelt- und gesundheitsschädlich. Damit das Triclosanverbot endgültig in Kraft treten kann, muss die EU-Kommission den Beschluss noch formal verabschieden. [dh]

- Hintergrundinformationen zu Triclosan:
www.kurzlink.de/triclosan-info

Quecksilber

Forschung: Amalgam ist giftig

■ Ende März hat das wissenschaftliche Komitee der EU-Kommission für Gesundheits- und Umweltrisiken (SCHER) erstmals anerkannt, dass Quecksilber aus Amalgamfüllungen Sekundärvergiftungen verursachen kann. Die WissenschaftlerInnen erklären, dass Quecksilber unter bestimmten Bedingungen methylieren kann. Das besonders gesundheitsschädliche Methylquecksilber kann Gewässer und die darin lebenden Fische vergiften und wird über die Nahrungsaufnahme letztlich auch zur Gefahr für Menschen.

„Für die EU-Kommission liegen jetzt alle Bausteine bereit, um Amalgam endlich aus dem Verkehr zu ziehen. Schon

jetzt verzichten immer mehr Zahnärzte in der EU auf das gefährliche Füllmaterial“, erklärte Elena Lymberidi-Settimo, Leiterin der Zero Mercury Campaign des Europäischen Umweltbüros (EEB). [dh]

- Bericht des SCHER (engl., PDF):
www.kurzlink.de/scher-mercury14.pdf

WHO-Studie

Todesursache Luftverschmutzung

■ 2012 sind etwa sieben Millionen Menschen weltweit an den Folgen von Luftverschmutzung gestorben. Das geht aus einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hervor. Jeder achte Todesfall ist demnach auf Schadstoffemissionen zurückzuführen. Im Vergleich zur WHO-Studie aus dem Jahr 2008 hat sich die Zahl der Todesfälle mehr als verdoppelt. Die ForscherInnen der WHO führen das auf neue Erhebungsmethoden und neue Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen bestimmten Krankheiten – etwa Herz-Kreislauf- sowie Krebserkrankungen – und Luftverschmutzung zurück.

Die WHO-Studie ist in urbane und ländliche Räume unterteilt. Die WissenschaftlerInnen haben 3,7 Millionen Todesfälle infolge von Smog in der Umwelt verzeichnet und 4,3 Millionen infolge von verschmutzter Luft in Innenräumen. Besonders stark betroffen sind Entwicklungs- und Schwellenländer Südostasiens und die Westpazifik-Region. In China und Indien hat die WHO etwa drei Viertel aller errechneten Todesfälle registriert. In den Industriestaaten von Europa haben die WissenschaftlerInnen 279.000 Todesfälle infolge von Luftverschmutzung ausgemacht. Der WHO-Koordinator für öffentliche Gesundheit Carlos Dora sagte: „Die Luftverschmutzung in den Industrieländern war noch vor wenigen Jahrzehnten ein großes Problem und ist durch Maßnahmen drastisch reduziert worden – Maßnahmen, die jetzt im Rest der Welt ergriffen werden müssen.“

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und VordenkerInnen

Vom rechten Maß

Suffizienz als Schlüssel zu mehr
Lebensglück und Umweltschutz



Noch ist die Kultur des „Weniger ist mehr“ nicht im Mainstream angekommen, Appelle ans Maßhalten gelten als unpopulär. Doch immer mehr Menschen entdecken den Homo collaborans in sich und beweisen nebenbei, dass die Formel Suffizienz = Verzicht falsch ist:

In Reparaturcafés, Genossenschaften und Tauschbörsen leben sie vor, warum das Orientieren an den wahren Bedürfnissen glücklicher macht, wirtschaftlich sinnvoll ist und die natürlichen Ressourcen schont. Für die Neudefinition der Komfortzone braucht es aber auch politische Weichenstellungen für den Weg in einen suffizienten Alltag.

Mit Beiträgen von Niko Paech, Manfred Linz, Uwe Schneidewind, Angelika Zahrt, Harald Heinrichs, Konrad Ott, Oliver Stengel, Mathias Binswanger u.v.m.



Vom rechten Maß
 politische ökologie (Band 135)
 144 Seiten, 16,95 EUR (zzgl. Versand),
 ISBN 978-3-86581-426-5

Erhältlich bei
www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

oekom
 verlag

Hauptquellen für die Luftverschmutzung in der Umwelt sind Abgase aus Verkehr, Industrie, Energieerzeugung und Abfallverbrennung. Die Verschmutzung der Innenluft entsteht vor allem durch Kochen am offenen Feuer sowie an Kohle- oder Holzöfen. [rm]

- www.who.int/mediacentre/news/releases/2014/air-pollution/en/

Emissionen

Ganz schön dicke Luft

■ Das stabile, sonnige und windarme Frühlingswetter in Westeuropa hat in den vergangenen Wochen viele Menschen in Parks, Gärten und Straßencafés gelockt. Die stabile Wetterlage sorgte in vielen Städten in Deutschland, Belgien und Frankreich aber auch für stärkere Luftverschmutzung und eine gestiegene Konzentration von gesundheitsschädlichen Feinstaubpartikeln.

Nach EU-Vorgaben darf die Luftverschmutzung einen Grenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft nur an 35 Tagen im Jahr überschreiten. In Berlin lag die Luftverschmutzung dieses Jahr bereits an 33 Tagen darüber. Auch Frankfurt (Oder), Leipzig und Halle haben die 30-Tage-Marke bereits überschritten. Das

geht aus einem aktuellen Bericht des Umweltbundesamtes (UBA) hervor. Trotz Umweltzonen sei die Feinstaubbelastung in den Städten nicht wie gewünscht gesunken. Dennoch seien ihre Einführung und das Verhängen von Durchfahrverboten für Lkws richtig gewesen. Ohne diese Maßnahmen wäre die Luftverschmutzung jetzt deutlich schlimmer, schreibt das UBA. Auch die Europäische Umweltagentur (EUA) ist alarmiert: Ende März veröffentlichte die Behörde vorläufige Statistiken über den Ausstoß der unter der Richtlinie für die nationalen Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) geregelten Luftschadstoffe 2012. Das Ergebnis: Zwar sind die Emissionen insgesamt gesunken, elf EU-Staaten konnten die Grenzwerte aber nicht einhalten.

Aus Sicht zahlreicher europäischer Umwelt- und Gesundheitsorganisationen ist die gegenwärtige Feinstaubbelastung in europäischen Städten besorgniserregend. Sie appellierten an EU-Parlament und Mitgliedstaaten, die Luftqualität in Europa nachhaltig zu verbessern und den Kommissionsvorschlag für eine neue Luftreinhaltepolitik entsprechend zu verschärfen. Das von EU-Umweltkommissar Janez Potočnik vorgeschlagene Maßnahmenpaket hatten die NGOs als zu schwach eingestuft (umwelt aktuell 02.2014, S. 10). Sollte der Kommissionsvorschlag unver-

ändert angenommen werden, würde das die enormen durch Luftschadstoffe verursachten Umwelt- und Gesundheitsprobleme nicht lösen. [dh]

- UBA: www.kurzlink.de/ubafeinstaub042014
- Europäische Umweltagentur: www.eea.europa.eu/highlights/eleven-countries-exceed-air-pollutant

Luftqualität

Bald bessere Luft in München?

■ Das bayerische Umweltministerium muss die Luftreinhaltepläne für die Landeshauptstadt München überarbeiten. Dieses Urteil des bayerischen Verwaltungsgerichts ist rechtskräftig, nachdem das Ministerium Anfang April seinen Antrag auf Berufung zurückgezogen hatte.

2012 hatte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) wegen der Überschreitung der europäischen Grenzwerte für Stickstoffoxide und Feinstaub in der Luft gegen Bayern geklagt. Das Münchener Verwaltungsgericht hatte der Klage stattgegeben.

„Aufgrund des jetzt rechtskräftig gewordenen Urteils setzen wir der bayerischen Staatsregierung eine Frist von sechs



Von der Meeresbiologin zur Bestsellerautorin

1962 veröffentlichte die Biologin Rachel Carson aus Betroffenheit über den maßlosen Gebrauch von Pestiziden und dessen Folgen das revolutionäre Buch »Der stumme Frühling« (*Silent Spring*). »Ohne dieses Buch« ist Al Gore überzeugt, »wäre die Umweltbewegung erst viel später oder überhaupt nicht entstanden«. Diese Biographie folgt den wichtigsten Stationen ihres Lebens und verdeutlicht, wie Rachel Carson die Sicht auf das Verhältnis von Mensch und Umwelt veränderte.

D. Steiner

Rachel Carson

Pionierin der Ökologiebewegung. Eine Biographie

360 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-467-8
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

Monaten bis zum 15. November 2014, um einen wesentlich überarbeiteten Luftreinhalteplan vorzulegen“, sagte der Bundesgeschäftsführer der DUH Jürgen Resch. Es sei höchste Zeit, dass die Stadt die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger ernst nehme und die Schadstoffbelastung reduziere. [rp]

- ▶ Jürgen Resch, DUH, Tel. +49 (0)171 / 3649170, E-Mail: resch@duh.de, www.duh.de
- ▶ Urteil: www.openjur.de/u/587081.html

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Umweltkonflikte

Globaler Atlas des Umweltrechts

■ Die Projektgruppe EJOLT hat im März in Brüssel den Atlas des Umweltrechts vorgestellt. Der Internetatlas lokalisiert über 1.000 umweltrechtliche Konflikte weltweit und bietet Hintergrundinformationen zu den Auseinandersetzungen. An dem Projekt, das von der EU finanziert wird, waren rund 100 Menschen von 23 Universitäten und Umweltschutzorganisationen aus 18 Ländern beteiligt.

In Deutschland sind derzeit elf Konflikte verzeichnet. Fracking, Stuttgart 21, Gorleben und Braunkohleförderung sorgen für Streit zwischen Umweltschützern und Unternehmen oder der Regierung. „Wir wollen zeigen, wer und welche Beweggründe hinter Konflikten stecken. Die Verteidigung von Gebieten, von Lebensgrundlagen und von Ressourcen, von denen Völker abhängig sind, sind die beste Waffe gegen endlose kapitalistische Ausbeutung des Ökosystems“, so der Koordinator des EJOLT-Projekts Joan Martinez-Alier. Ziel des Projekts ist auch Menschen zusammenzuführen, die für die Umwelt kämpfen und umweltschädliche Projekte verhindern. [lh]

- ▶ www.ejatlas.org

Entwicklungsziele

Dialogprozess gestartet

Am 1. April hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Initiative „Eine Welt – unsere Verantwortung“ gestartet. Das BMZ möchte so VertreterInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Verbänden an einen Tisch bringen, um Ziele für die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. Ab Mai können Interessierte an verschiedenen Onlinedialogprozessen teilnehmen. Ende des Jahres will das BMZ die Ergebnisse zusammentragen.

Das Forum Umwelt und Entwicklung des Deutschen Naturschutzrings kritisierte die BMZ-Initiative als inhaltslos und widersinnig. „Die wahren Probleme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, wie Subventionen im EU-Agrarbereich, fehlende Umsetzung von Nachhaltigkeit, die gleichberechtigte Beteiligung von Partnern im globalen Süden und die Verantwortung des globalen Nordens bleiben in diesem Prozess außen vor“, erklärte Marie-Luise Abshagen, Referentin für die Post-2015-Agenda beim Forum Umwelt und Entwicklung. [lh, dh]

- ▶ Marie-Luise Abshagen, Forum Umwelt und Entwicklung, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, E-Mail: abshagen@forumue.de, www.forumue.de

Afrikapolitik

Bundesregierung will Neustart

■ Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat Mitte März sein Konzept für eine neue Afrikapolitik vorgestellt. Im Bundestag kündigte der Minister einen Paradigmenwechsel an: Es gelte eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft in den afrikanischen Staaten zu fördern, um Afrika auf seinen Weg „vom Krisenkontinent zum Chancenkontinent“ zu unterstützen. Dafür will er die jährlichen Ausgaben um mindestens 100 Millionen auf 1,3 Milliarden Euro erhöhen.

Im Rahmen der neuen Afrikapolitik will Müller vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kontinent stärken. Er appellierte daher auch an die deutsche Wirtschaft, stärker in Afrika zu investieren. Zusätzliche Gelder des Bundes sollen außerdem in Bildungsprojekte und nachhaltige Innovationszentren fließen. Diese sollen dazu beitragen, lokale LandwirtInnen zu fördern und Hunger zu bekämpfen.

Entwicklungsverbände reagierten skeptisch auf das Papier. Zwar sei der angekündigte Paradigmenwechsel richtig und dringend notwendig, der EU-Afrika-Gipfel Anfang April habe aber gezeigt, dass die europäischen Staaten keine Partnerschaft auf Augenhöhe wollen. „Wieder mal geht es nur um die Förderung der eigenen Wirtschaft. Nicht aber um faire Handelsbedingungen oder Unterstützung für Kleinbauern in Afrika“, sagte die stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbands Entwicklungspolitik der Nichtregierungsorganisationen (VENRO) Christa Randzio-Plath. [rp]

- ▶ Afrikapolitik: www.bmz.de/20140321-1
- ▶ VENRO, Bonn, Tel. +49 (0) 228 / 94677-14, E-Mail: sekretariat@venro.org, www.venro.org

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Weltklimarat

Folgen des Klimawandels

■ Hochwasser in Deutschland und England, Extremtemperaturen in Australien oder Afrika – schon jetzt sind die Folgen des Klimawandels deutlich spürbar. Und sie könnten für Mensch und Umwelt noch dramatischer werden, sollten die Temperaturen weiter steigen. Das geht aus dem Anfang April im japanischen

Yokohama veröffentlichten zweiten Teil des Weltklimaberichts hervor.

Die KlimaforscherInnen zeigen auf, dass viele Tiere und Pflanzen schon jetzt unter den Einflüssen der steigenden Temperaturen leiden. In den letzten Jahren beobachteten sie etwa ein zunehmendes Baumsterben, Wasserknappheit und das Sterben von Amphibien in Mittelamerika. Viele Meerestiere verlassen den ExpertInnen zufolge ihre ursprünglichen Lebensräume, weil es ihnen dort zu warm wird.

Neben den Folgen für die Umwelt verdeutlicht der Bericht die Auswirkungen des Klimawandels für die Menschen. Besonders stark betroffen sei die Bevölkerung in trockenen und dicht besiedelten Ländern, in denen es vermehrt zu Dürreperioden kommen wird. Ernteausfälle und Wasserknappheit seien die Folgen. In Europa und Asien führe der Klimawandel zu mehr Überschwemmungen. Weltweit sei mit mehr Extremwetterlagen und Stürmen zu rechnen.

Die Extremwetterlagen und die Tatsache, dass der Klimawandel das Leben in bestimmten Regionen der Erde unmöglich mache, trügen auf lange Sicht dazu bei, dass die Nahrungsmittelpreise steigen und Völker emigrieren. „Der Bericht ist da und die Botschaft klar: Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Nahrungsversorgung sind schlimmer als zuvor geschätzt“, sagte Tim Gore von der Hilfsorganisation Oxfam.

Das solle aber nicht heißen, dass nichts mehr unternommen werden könne, erklärten die Wissenschaftler. Wenn die Erdtemperatur langsamer steigen würde, könnten sich Menschen und Tiere auf den Klimawandel vorbereiten. Zuvor müsste die Politik erst einmal konkretere und vor allem ambitioniertere Ziele verfolgen.

Der Weltklimabericht soll als Grundlage für kommende politische Entscheidungen dienen. Im September 2013 hatte der Weltklimarat den ersten Teil des Berichts über die Ursachen des Klimawandels veröffentlicht. Der dritte Teil folgte am 14. April in Berlin und zeigte Möglichkeiten auf, die Erderwärmung zu stoppen. [lh]

► www.ipcc.ch

Klimapolitik

Europaabgeordnete im Vergleich

■ Sechs Wochen vor den Europawahlen haben der Deutsche Naturschutzring (DNR) und das Climate Action Network Europe (CAN) ein Ranking aller Parteien und Abgeordneten in Europa mit Bezug auf die EU-Klima- und Energiepolitik vorgestellt.

Die Rangliste analysiert die zehn wichtigsten Abstimmungen zur Klima- und Energiepolitik der Legislaturperiode von 2009 bis 2014 und offenbart, wie die Parteien und Abgeordneten der EU sich fernab von jeder Rhetorik tatsächlich in Bezug auf Klimaschutz und Energiewende verhielten.

In Deutschland haben die EuropaparlamentarierInnen von Bündnis 90/Die Grünen beim Klimaschutz die Nase vorn, dicht gefolgt von den Abgeordneten der SPD. Besonders schlecht schnitt hingegen die CSU ab. Zu den engagiertesten KlimapolitikerInnen im EU-Parlament gehören unter anderem Jutta Steinruck (SPD, Rheinland-Pfalz) und Sven Giegold (B90/Die Grünen, Verden und Düsseldorf). Die schlimmsten Energiewendeverhinderer waren hingegen Holger Kraemer (FDP, Sachsen) und Joachim Zeller (CDU, Berlin).

„Einige Abgeordnete blockieren von Europa aus die Energiewende, ohne dass die Öffentlichkeit dies bemerkt“, kommentierte Hartmut Vogtmann, Präsident des Deutschen Naturschutzrings. Mit ihrem Abstimmungsverhalten stellten sich Abgeordnete aus CDU und CSU in Europa oftmals sogar gegen ihre eigenen Kollegen in der Bundesregierung, etwa bei der Abstimmung zu Klima- und Energiezielen 2030 oder beim Backloading.

Wendel Trio, Direktor von CAN Europe meint deshalb: „Das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten sagt mehr als tausend Worte. Mit diesem Tool können die Wähler ihre VolksvertreterInnen aufordern, mehr für die Klima- und Energiepolitik zu tun oder sich bei der Wahl für eine der Parteien entscheiden, die den Klimaschutz in Europa voranbringt.“

Die Europawahlen finden vom 22 bis 25. Mai statt, in Deutschland wird am 25. Mai gewählt. In den vergangenen Jahren hat das EU-Parlament weiter an Einfluss in Europa gewonnen und entscheidet nun bei fast allen Gesetzgebungsprozessen mit. [sl]

► www.caneurope.org/NoteForClimateAction

EU-Klimaziele 2030

Europa weiter abhängig von russischem Öl und Gas?!

■ Beim EU-Gipfel Ende März in Brüssel haben die EU-Staats- und Regierungschefs die Entscheidung über EU-Energie- und Klimaziele bis 2030 auf Oktober verschoben.

„Es ist unverständlich, wie die Regierungschefs lange und breit darüber diskutieren, dass man die Energieabhängigkeit von Russland reduzieren müsse und sich gleichzeitig gegen national verbindliche Ziele für Energiesparen und erneuerbare Energien stellen“, ärgerte sich Hartmut Vogtmann, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Die Krim-Krise führe deutlich vor Augen, wie stark Europa am Tropf von russischem Öl und Gas hängt. Jährlich verschleudere die EU bis zu 600 Milliarden Euro für fossile Energieimporte – mehr als das Haushaltsdefizit der gesamten EU-Länder.

Dabei könne ein ehrgeiziges EU-Energiesparziel von 40 Prozent bis 2030 Europa von russischen Gasimporten unabhängig machen. Das Zögern der Mitgliedstaaten, auf dem Gipfel drei verbindliche und ambitionierte Klimaziele vorzulegen, sei deshalb nicht nur ein Problem für den Klimaschutz. Die Regierungschefs setzten Stabilität und Wirtschaftskraft der EU aufs Spiel.

„Die Bundeskanzlerin muss nun dringend bis zum nächsten Gipfel starke Zeichen für drei verbindliche und ambitionierte Klimaziele für Treibhausgasreduktionen, erneuerbare Energien und Energiesparen setzen“, verlangte Vogtmann. Das viel zu schwache Klimaziel von 40 Prozent muss aus Sicht des DNR auf mindestens 55

Prozent erhöht werden. Bei erneuerbaren Energien dürfe die Kanzlerin sich keinesfalls mit einem Ziel von 27 Prozent zufrieden geben, denn das wäre kaum mehr als ohnehin erreicht würde. Laut Folgenabschätzung der EU-Kommission kommt die EU bereits unter den gegebenen Rahmenbedingungen auf einen Anteil von 24,4 Prozent. „Die Bundesregierung muss auch bei Effizienz und Erneuerbaren unbedingt auf national verbindliche Ziele bestehen – sonst geht jeglicher Anreiz zum Ausbau verloren“, so Vogtmann. [sl]

► DNR, Klimaexpertin Stefanie Langkamp, Berlin, Tel. +49 (0)30 /6781775-79, E-Mail: stefanie.langkamp@dnr.de, www.dnr.de

Emissionshandel

Backloading hat begonnen

■ Seit Anfang April bietet die EU-Versteigerungsplattform für Emissionszertifikate 400 Millionen Zertifikate weniger an als noch in der letzten Periode von 2008 bis 2012. Auch die deutsche Plattform hatte ihr Angebot um 77,9 Millionen Zertifikate reduziert. Bis 2016 will die EU insgesamt 900 Millionen Zertifikate zurückhalten. Mit dem sogenannten Backloading reagiert die EU auf den dramatischen Preisverfall im europäischen Emissionshandel. Die vorübergehende Entnahme von Emissionszertifikaten soll die Preise stabilisieren. [lh]

► www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/emissionshandel/kurzinfo

EU-Energieeffizienz

Oettinger will verbindliches Ziel für 2030

■ EU-Energiekommissar Günther Oettinger hat sich gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel Online für ein verbindliches EU-Energiesparziel für 2030 ausgesprochen. Bisher hat die Kommission nur Ziele für Emissionsreduktionen

und Erneuerbare vorgeschlagen. Das nicht verbindliche Energieeffizienzziel für 2020 ist das einzige ihrer drei Klimaziele, das die EU vermutlich verfehlen wird. Umweltverbände fordern deshalb schon lange, das Ziel bindend zu machen und auch für 2030 ein verpflichtendes Energiesparziel auszuhandeln. [am]

► www.kurzlink.de/spiegeloetteff

Energieeffizienz national

Abwrackprämie für Kühlschränke

■ Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) will einen Zuschuss für Haushalte mit geringen Einkommen einführen, um alte Kühlschränke gegen neue auszutauschen. Der alte Kühlschrank muss dazu mindestens zehn Jahre alt und der neue in die Effizienzklasse „A+++“ eingestuft sein. Wenn sich durch den Tausch mindestens 200 Kilowattstunden im Jahr einsparen lassen, steuert der Staat bei EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Wohngeld künftig 150 Euro zum Kauf eines neuen Kühlschranks bei. [vv, rm]

► www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/energieeffizienz/haushalt/

EEG

14 Jahre Erneuerbare-Energien-Gesetz

■ Anfang April hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) seinen 14. Geburtstag gefeiert. Dank der Förderung kommt derzeit fast ein Viertel des deutschen Strommixes aus erneuerbaren Energien. Die Menge stieg seit Start des EEGs um rund 17 Prozent. Gleichzeitig haben die Stromproduzenten rund 15 Prozent weniger Strom aus fossilen Energien erzeugt. [sl]

► www.erneuerbare-energien.de

EU-Beihilferichtlinien

Europa kommt Deutschland entgegen

■ Bei den EU-Beihilferichtlinien ist die Europäische Kommission den Forderungen der Bundesregierung entgegengekommen. So gewährte EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia 65 Branchen weiterhin eine Sonderbehandlung. Außerdem müssen Unternehmen allenfalls geringe Teile der bereits gewährten Milliardenrabatte zurückzahlen. Der Kompromiss sieht aber auch vor, dass die Nachlässe niedriger sind als bislang. Künftig müssen energieintensive Firmen einen Teil der EEG-Umlage zahlen, wobei die absolute Belastung insgesamt gedeckelt wurde. Diese Regelung soll aber erst 2018 vollständig in Kraft treten.

Rebecca Harms, Bündnis 90 Die Grünen kritisierte: „Die Behörde geht nun doch nicht gegen ausufernde Ausnahmeregelungen für die Industrie vor, obwohl Unternehmen dank erneuerbarer Energien in Deutschland seit Jahren von sinkenden Börsenstrompreisen profitieren.“

Weiterhin sehen die neuen Beihilfeleitlinien einen schrittweisen Übergang zu Ausschreibungen vor. Einspeisetarife sollen durch Einspeiseprämien ersetzt werden. Umweltverbände und die Branche selbst sehen darin einen unzulässigen Eingriff in die nationale Förderpolitik.

„Einerseits bekommt es die EU nicht hin, wirksame Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien zu setzen. Andererseits beschränkt sie den Spielraum der Mitgliedsstaaten, die erneuerbaren Energien effizient zu fördern. Für die Kommission scheinen die Erneuerbaren eher ein Übel zu sein, das man eindämmen muss, während Kernenergie und Kohle munter weiter subventioniert werden“, erklärte Milan Nitzschke, Präsident von EU Prosun.

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) kündigte an, etwa 500 Unternehmen weniger von der EEG-Umlage befreien zu wollen. Im ARD-Morgenmagazin sagte er, dass die Ausnahmeregelung unter der Koalition von Union und FDP „deutlich zu groß“ gewesen sei. ►

Nachhaltigkeit

A-Z



U wie Umstieg

Ein virtuelles Kraftwerk stabilisiert die Stromversorgung. Ein energieautarkes Verwaltungsgebäude demonstriert Mitarbeitern und Kunden nachhaltiges Handeln. Schnellradwege schaffen Platz für urbane Mobilität. Dies sind nur drei von fast 40 Praxisbeispielen. Sie zeigen, dass der Umstieg auf die Erneuerbaren nicht nur Zukunftsmusik, sondern vielerorts in privaten Haushalten, Kommunen und Unternehmen bereits Realität ist.

U. Dankert
Energiewende
 Erfolgreiche Lösungen für Strom,
 Wärme und Mobilität
 344 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-667-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


 Die guten Seiten der Zukunft

Zurzeit profitieren mehr als 2000 Unternehmen von Industrierabatten bei der EEG-Umlage. [sl]

► www.ec.europa.eu/competition/sectors/energy/overview_en.html

EEG-Reform

Bund und Länder setzen weiter auf Windkraft

■ Beim Energiegipfel im Kanzleramt Anfang April haben sich Bundesenergieminister Sigmar Gabriel (SPD) und die LandesministerpräsidentInnen auf einen Kompromiss zur Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geeinigt. Unter anderem soll der Windkraftanlagenausbau jährlich auf 2.500 Megawatt begrenzt sein. Wenn alte Windkraftanlagen im Rahmen von Repowering durch leistungsstärkere ersetzt werden, will der Bund allerdings nur die hinzukommende Leistung auf die Ausbaugrenze anrechnen.

Zudem soll die Offshorewindenergie stärker gefördert werden als zunächst in Gabriels Plänen vorgesehen. Darauf hatten vor allem die Ministerpräsidenten der nördlichen Bundesländer gedrängt. Auch die Einschnitte bei der Förderung von Biomasse fallen auf Druck von Bayern und Thüringen geringer aus als geplant. Die Ausbaubegrenzung von 100 Megawatt jährlich soll nicht für die Erweiterung bestehender Anlagen gelten. Die umstrittenen Industrieausnahmen wollen Bund und Länder beibehalten.

Der BUND kritisierte das Verhandlungsergebnis als nicht zielführend. Anstatt die Ausbaudynamik bei erneuerbaren Energien mit dem Kostenargument abzuwürgen, sollte die Bundesregierung die Kosten endlich gerechter verteilen und die Industrieausnahmen deutlich zurückfahren. „Das EEG verkommt zu einem Instrument der Industriesubventionierung“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Sogar Braunkohletagebaue sollen laut der Umweltorganisation

weiter von der Zahlung der EEG-Umlage befreit bleiben.

Für den 10. Mai ruft ein NGO-Bündnis unter Federführung der Antiatomorganisation ausgetrahlt zu einer Großdemonstration in Berlin unter dem Motto „Energiewende nicht kentern lassen“ auf. [am]

► BUND, Energieexperte Thorben Becker,
 Tel. +49 (0)30 / 275 86-40,
 E-Mail: thorben.becker@bund.net
 ► www.energiewende-demo.de

Garzweiler II

Landesregierung will Braunkohleabbau reduzieren

■ Nordrhein-Westfalen will den Kohleletztbau Garzweiler II nicht so stark ausbauen wie bisher vorgesehen. Darauf einigte sich Anfang April die rot-grüne Landesregierung. Etwa 1.600 Menschen müssen für den geplanten Umbau ihre Häuser verlassen. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs wurden im Rheinischen Braunkohlerevier 35.000 Menschen wegen der Tagebaue umgesiedelt.

Die Regierung in Düsseldorf begründete ihren Beschluss mit der abnehmenden Wichtigkeit von Braunkohle in der Energieproduktion. Eigentlich sollte bis 2045 das gesamte Braunkohlevorkommen von 1,3 Milliarden Tonnen ausgehoben werden. Jetzt will die Regierung den Tagebau aber nur noch bis 2030 fortführen. Etwa 300 Millionen Tonnen Braunkohle bleiben dadurch unter der Erde – wo sie einem Sprecher der Grünen zufolge auch hingehören.

Im Jahr 2012 machte der Kohleanteil in der Energieproduktion im bevölkerungsreichsten Bundesland 75 Prozent aus. Damit verursachte das Land ein Drittel der gesamten energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland. Durch das Verbrennen von Braunkohle zur Energieproduktion werden große Mengen an Feinstaub und CO₂ freigesetzt. [lh]

► www.kurzlink.de/bund-nrw-tagebaue

Online-Petition**Keine Förderung für neue Atomkraftwerke**

■ Die Umweltorganisation Global 2000 hat eine Onlinepetition gegen die Förderung des Atomkraftwerks Hinkley Point C gestartet, die Großbritannien im März ankündigte. Demnach planen die Briten den Neubau der Blöcke vom Typ EPR mittels Einspeisevergütung zu finanzieren.

„Hier handelt es sich um eine Betriebsbeihilfe von 35 Jahren für ein Atomkraftwerk, das sonst nicht finanzierbar wäre“, erklärte Patricia Lorenz, Atomsprecherin von Global 2000. Die angeführten Gründe für die Förderung – wie Klimaschutz und Energieversorgungssicherheit – seien nicht stichhaltig und könnten das Risiko enormer Nuklearkatastrophen wie in Fukushima nicht wettmachen. Auch die Frage der Entsorgung von Atommüll sei weiterhin ungeklärt. „Es handelt sich um keine neue Technologie, die einer Beihilfe bis zur Marktreife bedarf. Die anderen EPR-Reaktoren in Finnland und in Frankreich werden auch ohne Beihilfe errichtet“, so Lorenz weiter. [Quelle: UWD, sl]

► www.kurzlink.de/petition-akw-global

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Rapex-Jahresbericht**Kleidung und Spielzeug besonders gefährlich**

■ Ende März hat die EU-Kommission den Jahresbericht 2013 des Schnellwarnsystems Rapex vorgestellt. Im letzten Jahr hat es 2.364 Warnungen gegeben. Das sind fast vier Prozent mehr als noch im Jahr zuvor.

Der Anstieg der aus dem Handel genommenen Produkte ist dem EU-Verbraucherkommissar Neven Mimica zufolge die Konsequenz einer strengeren Kontrolle: „Rapex zeigt, dass Europa wachsam ist.

Das Schnellwarnsystem ist Ausdruck einer erfolgreichen Zusammenarbeit von nationalen Behörden und EU-Institutionen zum Wohl unserer Bürger.“

Fast zwei Drittel der gefährlichen Produkte kamen aus China. Deshalb will die EU-Kommission im Verbraucherschutz enger mit den chinesischen Behörden zusammenarbeiten. So könnte verhindert werden, dass verbraucherschädliche Produkte überhaupt auf den europäischen Markt gelangen. Nur 15 Prozent der gemeldeten Artikel kommen aus der EU.

Die meisten Warnungen im Jahr 2013 betrafen Textilien und Spielzeug. Neben losen Teilchen und Schnüren, die vor allem für Kleinkinder eine Gefahr darstellen, fanden die Beamten auch krebserregende oder allergieauslösende Stoffe in den Waren.

In Deutschland hatten vor allem fehlerkonstruierte Produkte das Aufsehen der Kontrolleure erregt. Beim Audi A8 zum Beispiel zerfiel das Glasscheibendach, bei einem Toyota leckte der Tank und ein Feuermelder piepte nicht laut genug. [lh]

► Rapex-Website: www.ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/reports/index_en.htm

Verbraucherrechte**Wirksamer Verbraucherschutz muss nicht teuer sein**

■ Mit fünf Cent pro Kopf hilft das Verbraucherprogramm der Europäischen Union jedes Jahr EU-Bürgerinnen und -Bürgern, ihre Verbraucherrechte wahrzunehmen. Insgesamt beträgt das Budget des Programms von 2014–2020 188,8 Millionen Euro.

Welche Garantie hat beispielsweise ein Kunde, der ein Elektrogerät in Frankreich kauft, aber in Deutschland lebt? Welche Rechte haben Touristinnen und Touristen bei grenzüberschreitenden Reisen? Wenn in solchen Fällen etwas schief läuft, kümmern sich zum Beispiel die Europäischen Verbraucherzentren darum. Diese werden aus den Mitteln des EU-Verbraucherprogramms kofinanziert, auch natio-

nale Verbraucherschutzbehörden werden daraus unterstützt.

Die Schwerpunkte des neuen Programms liegen auf sicheren Produkten, auf schlagkräftigen Verbraucherorganisationen, die kundenfreundlich informieren, auf einem besseren Rechtsschutz und der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Behörden. Staatliche Stellen, öffentliche Einrichtungen und nationale und europäische Verbraucherorganisationen können Fördermittel aus dem Programm beantragen. [mbu]

- EU-Kommission zum Verbraucherprogramm: www.europa.eu/rapid (Search: IP-14-351)
- EU-Kommission Gesundheit und Verbraucher: www.ec.europa.eu/consumers/strategy-programme/financial-programme/index_en.htm

Umfrage**Keine Garantie auf gentechfreie Eier**

■ In Zukunft haben Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf von Geflügelfleisch oder Eiern im Discounter keine Garantie mehr dafür, dass diese nicht auch Spuren von Gensoja enthalten. Das hatte die Umweltorganisation Greenpeace bei einer Umfrage Ende März herausgefunden. Demnach garantieren nur drei von zwölf großen Supermarktketten in Deutschland, auch weiterhin darauf zu achten, dass die von ihnen verkauften Tierprodukte nicht mit gentechnisch veränderter Soja gefüttert wurden. Noch vor zwei Jahren hatten die Discounter Lidl und Aldi erklärt, dass sie – besonders bei ihren Eigenmarken – gentechnikfreie Fütterung garantieren.

Umweltorganisationen vermuten, dass die Umstellung der Supermärkte mit einer Mitteilung des Zentralverbands der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) Mitte März zusammenhängt. Dieser hatte angekündigt, dass seine Mitglieder in Zukunft wieder Gensoja für die Fütterung von Geflügel verwenden. Schuld daran ist laut dem Verband, dass es momentan nicht aus-

reichend genfreie Soja auf dem Markt gibt. Den brasilianischen Produzenten zufolge stimmt diese Aussage aber nicht. In diesem Jahr gebe es demnach sogar deutlich mehr natürliche Soja als noch 2013. Umweltorganisationen gehen deshalb davon aus, dass die Verwendung von Gensoja mit dem Preiswettkampf zwischen den Unternehmen zusammenhängt. Gentechnikfreies Sojafutter ist pro Hähnchen acht Cent teurer. [lh]

- ▶ www.kurzlink.de/Greenp-Soja032014
- ▶ www.zdg-online.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Greening darf national geregelt werden

■ Seit Ende 2013 ist die zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und EU-Rat ausgehandelte Reform der europäischen Agrarpolitik in trockenen Tüchern. Im März beschloss die Kommission die sogenannten delegierten Rechtsakte, in denen wichtige Einzelheiten für die Umsetzung festgelegt werden. Dagegen hatten einige Abgeordnete des Europaparlaments unter Federführung von Albert Deß (Konservative) Einwand erhoben. Nach dem Agrarausschuss lehnte auch das Parlamentsplenum diese Einwände im April allerdings ab.

In den delegierten Rechtsakten steht unter anderem, welche Betriebe ab 2015 Direktzahlungen bekommen dürfen, oder wie das Greening, also der Beitrag für die Umwelt, ausgestaltet werden kann. Demnach dürfen die Mitgliedstaaten zum Beispiel verbieten, dass auf ökologischen Vorrangflächen Pflanzenschutz- und Düngemittel eingesetzt werden. Dagegen protestierte in Deutschland der Bauernverband. In der deutschen Länderkammer könnte nämlich durchaus eine Mehrheit für eine umweltfreundlichere Ausrichtung der Landwirtschaft zustande

kommen. So hatten Ende März verschiedene Bundesländer im Umweltausschuss des Bundesrats Anträge für eine ökologisch wirksamere Umsetzung der Agrarreform eingebracht.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bernd Voß lobte den Antrag zum Erhalt von Dauergrünland. Der Antrag sieht vor, eine Genehmigungspflicht für geplante Umwandlungen von Dauergrünland schon ab einem Rückgang des Grünlandanteils von einem Prozent gegenüber 2012 einzuführen. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung steht, ein verbindliches Einschreiten sei erst bei einem Rückgang des Grünlandanteils von fünf Prozent notwendig. Überdies solle die Genehmigung davon abhängig sein, dass an anderer Stelle neues Dauergrünland angelegt wird. Da die Deß-Initiative nun im EU-Parlament gescheitert ist, haben die Landwirte im kommenden Jahr Planungssicherheit. [mbu]

- ▶ Delegierte Rechtsakte der Kommission: www.kurzlink.de/eu-kom-gap03.2014pdf
- ▶ www.abl-ev.de

Biolebensmittel

Strengere Kriterien geplant

■ Mit der Neuregelung der EU-Ökoverordnung will EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bioprodukte stärken. Neben schärferen Auflagen und Kontrollen sollen Ausnahmen eingeschränkt werden.

So will die EU-Kommission Ökokontrollen von der Produktion auf die Weiterverarbeitung und den Vertrieb ausdehnen. Künftig wird demnach auch der Einzelhandel überprüft, in dem Bioahrung nur in verpackter Form verkauft wird. Erzeugerverbände wie der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) befürchten, dass dadurch kleine Läden gar keine Biowaren mehr in ihr Sortiment aufnehmen werden. Zwar befürwortet der Vorstandsvorsitzende des BÖLW Felix Prinz zu Löwenstein die Ausweitung der Kontrollen,

aber diese müssten gezielt sein. Zu viel Bürokratie würde ein Bioprodukt unsinnig teurer machen, monierte er.

Ciolos möchte, dass Bioprodukte nur noch so viel Pestizidrückstände enthalten dürfen wie Babynahrung. Bisher ist mehr erlaubt. Wer Lebensmittel weiterverarbeitet, muss dem Entwurf zufolge in Zukunft weniger konventionelle Zutaten einsetzen, um die Biozertifizierung zu erhalten.

Der Kommissionsvorschlag sieht auch vor, die Regeln für Biolandwirte außerhalb der EU zu verschärfen, wenn deren Erzeugnisse nach Europa exportiert werden. Künftig dürfen auch dort keine Ökopflanzenschutzmittel mehr verwendet werden, die in der EU nicht ausdrücklich erlaubt sind. Das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten müssen dem Vorschlag noch zustimmen. Eine Entscheidung wird voraussichtlich erst im kommenden Jahr fallen. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zum Ökolandbau: www.ec.europa.eu/agriculture/organic/index_de
- ▶ EU-Ökoverordnung (1991): www.kurzlink.de/eu-oeko-vo1991.pdf
- ▶ BÖLW: www.boelw.de

Gentechnikkenzeichnung

Reinheitsgebot gilt nicht für Honig

■ Die Mehrheit der EU-Abgeordneten hat im April einem Kompromiss zwischen Kommission, Rat und Parlament zugestimmt, der die Kennzeichnung von gentechnisch verunreinigtem Honig verhindert. Die EU-Gesetzgebung soll nun so geändert werden, dass das Vorkommen von Genpollen im Honig nicht gekennzeichnet werden muss. Die Grünen stimmten gegen den Kompromiss. Zuvor hatte bereits der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments diese Verbraucherschutzfeindliche Regelung befürwortet.

Laut den europäischen Grünen stimmte die Mehrheit der Abgeordneten dafür, die entsprechende Richtlinie so zu ändern,

dass nicht auf dem Etikett stehen muss, ob Genpollen im Honig sind oder nicht. „Mit der Abstimmung ist der Umweltausschuss eingeknickt und hat entgegen seiner ursprünglichen Empfehlung vom November 2013 dafür gestimmt, Honig nicht kennzeichnen zu lassen. Damit haben die Abgeordneten den Imkern und den Bienen einen Bärendienst erwiesen“, sagte der agrarpolitische Sprecher Grünen/EFA Martin Häusling.

Auch für Verbraucherinnen und Verbraucher ist die Entscheidung des Umweltausschusses schlecht. Denn die EU importiert Honig aus Ländern, die Genpflanzen anbauen. In zwei der wichtigsten Honig produzierenden Mitgliedstaaten – Spanien und Rumänien – ist der Anbau von Genmais erlaubt. Damit sei quasi besiegelt, dass mit Genpollen kontaminierter Honig ungekennzeichnet in die Regale gelangen werde, kritisierte Häusling.

Der Europäische Gerichtshof hatte 2011 festgelegt, dass mit genmodifizierten Pollen verunreinigter Honig nach EU-Recht auch gekennzeichnet werden muss. Die EU-Kommission argumentierte dagegen und behauptete, dass Genpollen ein Bestandteil und keine Zutat des Honigs sei und daher nicht gekennzeichnet werden müsse. [mbu]

- Grüne im EU-Parlament zu Gentechnik im Honig: www.greens-efa.eu/de/kennzeichnung-von-genpollen-im-honig-12071.html

Genpflanzenzulassung

Frankreich verbietet erneut Genmais

■ Auf französischen Feldern darf der genmodifizierte Mais MON810 nicht angepflanzt werden. Das beschloss die Regierung in Paris vor Beginn der Aussaat im März. Das Verbot gilt ab sofort bis zu einer endgültigen Entscheidung durch das Parlament.

In der Begründung für das Anbauverbot führt das französische Landwirtschaftsministerium nicht nur die Schutz-

klausel in der EU-Verordnung über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel auf, die wissenschaftliche Hinweise auf Risiken verlangt. Nach Angaben der gentechnikkritischen Organisation Inf’OGM beruft sich Minister Stéphane Le Foll auch auf die EU-Richtlinie über den gemeinsamen Sortenkatalog. Demnach darf ein Mitgliedstaat die Aussaat und den Verkauf von Pflanzen untersagen, wenn diese beispielsweise ein Risiko für die Umwelt oder die menschliche Gesundheit darstellen könnten.

In der EU wird derzeit über nationale Anbauverbote von Gentechnikpflanzen diskutiert. Wegen der bevorstehenden Zulassung der Genmaissorte 1507 legte die griechische Ratspräsidentschaft einen neuen Kompromissvorschlag vor, über den die EU-Agrarminister verhandeln. [mbu]

- Inf’OGM zu Verbot von MON810: www.infogm.org/spip.php?article5629

Patentrecht

Initiative gegen Patente auf Leben

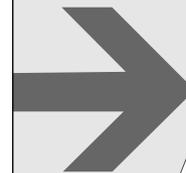
■ Umwelt-, Verbraucher- und Erzeugerverbände haben Justizminister Heiko Maas (SPD) und Agrarminister Christian Schmidt (CSU) aufgefordert, gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren vorzugehen. Wenn nichts unternommen würde, könnte es noch mehr Abhängigkeit von einer Handvoll Unternehmen geben, heißt es in einem Brief an die Politiker.

Die Unterzeichner bekundeten ihre Sorge, „dass vom Europäischen Patentamt (EPA) in München immer weitere Patente auf Pflanzen aus konventioneller Zucht erteilt werden – obwohl bereits Millionen Menschen mit ihrer Unterschrift gegen Patente auf konventionelle Züchtung protestiert haben und obwohl sich das Europäische Parlament und der Deutsche Bundestag für einen Stopp derartiger Patente ausgesprochen haben“.

Die europäischen Patentgesetze erlauben nicht, Patente auf Verfahren zur kon-

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Erfolgsgeschichten

Was haben die städtische Landwirtschaft in Wien, die Seilbahnwirtschaft in der Region Schladming und die Regionalentwicklung im österreichischen Pinzgau gemeinsam? Alle drei profitierten von einer gelungenen Übertragung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis. Neben Praxisbeispielen und umfangreichen Checklisten unterstützt auch ein neuartiges Transfermodell erfolgreichen Wissenstransfer.

M. Böcher, M. Krott
Mit Wissen bewegen!
 Erfolgsfaktoren für Wissenstransfer
 in den Umweltwissenschaften

214 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-472-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Die guten Seiten der Zukunft

ventionellen Züchtung erteilen. Um diese Patente zu stoppen, müssten die Mitgliedstaaten deutlich reagieren.

2012 hatte das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedet, die das EPA aufforderte, Produkte aus konventioneller Züchtung nicht mehr zu patentieren. Bislang ignorierte das Patentamt diese Aufforderung aber weitgehend und fand Möglichkeiten, solche Produkte doch als „Erfindung“ anzuerkennen. Im Verwaltungsrat des EPA könnte entschieden werden, derartige Patente zu stoppen. Dort sitzen Vertreter der Mitgliedstaaten, für die Bundesregierung beispielsweise ein Ministerialdirigent des Justizministeriums. Frankreich und die Niederlande könnten Deutschland bei einer möglichen Initiative auf europäischer Ebene unterstützen.

Die Verfasser des Briefs an Maas und Schmidt betonen, dass Handeln dringend geboten sei. Wenn es nicht gelinge, die gegenwärtige Entwicklung zu stoppen, bestehe die Gefahr, dass durch die Patente die Marktkonzentration in Tier- und Pflanzenzucht zunehme und die Grundlagen der Ernährung weitgehend abhängig von internationalen Konzernen gerieten.

Zu den Unterstützern des Schreibens gehören unter anderem das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut!“, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund Naturschutz in Bayern (BUND), der Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) oder die Zukunftsstiftung Landwirtschaft. [mbu]

- ▶ Brief an Minister (31.03.14): www.db.zs-intern.de/uploads/1396270434-Brief_Patente_20140331.pdf

Einigung zum Umgang mit gebietsfremden invasiven Arten zugestimmt. Die EU-Mitgliedstaaten müssen demnach künftig die Verbreitung von gebietsfremden invasiven Arten untersuchen und Maßnahmen zu deren Eindämmung erarbeiten. Laut Gesetzentwurf sollen gebietsfremde Arten mit EU-weiten Auswirkungen für Menschen und Natur aufgelistet werden. Diese Arten dürfen dann weder eingeführt, gezüchtet, transportiert, freigelassen noch verkauft werden. Außerdem sollen verschiedene Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Ausbreitung von Arten, die lediglich in einigen Regionen der EU heimisch sind, zu bremsen. Allerdings sieht der Vorschlag auch Ausnahmen vor, die Umweltverbände kritisiert haben. In einzelnen Fällen kann die EU-Kommission die Zucht und den Verkauf einiger Arten aus wirtschaftlichen Gründen erlauben.

Das Europäische Umweltbüro (EEB), der Dachverband der europäischen Natur- und Umweltschutzverbände, lobte die im Trilog erzielte Einigung, bemängelte jedoch, durch die hastigen Verhandlungen seien einige Kernelemente des ursprünglichen Vorschlags unter den Tisch gefallen. „Nun wird für die Umsetzung des Vorschlags noch ein Schub Ambition benötigt, wenn die Regelung die negativen Effekte gebietsfremder invasiver Arten auf die Biodiversität vermindern und verhindern soll“, sagte Martina Mlinaric vom EEB. [bv, ej]

- ▶ Mitteilung Rat: www.kurzlink.de/rat7539/14
- ▶ Stellungnahme EEB: www.kurzlink.de/eeb05/03/14

Artenschutz

EU-Kommission verklagt Griechenland

■ Griechenland setzt die EU-Rechtsvorschriften zum Schutz gefährdeter Meeresschildkröten nicht ausreichend um. Da bald die Nistsaison der Schildkröten beginnt und die Maßnahmen zum Schutz deren Lebensräume seit mehreren Jahren

nicht umgesetzt werden, zieht die Kommission vor den Gerichtshof der Europäischen Union.

In der Bucht vom griechischen Kyparissia befindet sich einer der wichtigsten Nistplätze für die Unechte Karettschildkröte. Um den langfristigen Fortbestand der gefährdeten Schildkrötenart zu gewährleisten, ist das Gebiet durch die Natura-2000-Rechtsvorschriften geschützt. Das bedeutet, dass die griechische Regierung verpflichtet ist, wirksame Regelungen zum Schutz der Tiere festzulegen, und für sie gefährliche Aktivitäten unterbinden muss.

Trotzdem erteilen die griechischen Behörden dort Baugenehmigungen und tolerieren Bauvorhaben, die sich nachteilig auf den Lebensraum der Schildkröten auswirken. Bereits 2011 hat die Kommission der griechischen Regierung ihre Bedenken übermittelt. Der daraufhin ausgearbeitete Aktionsplan ist bis heute jedoch kaum umgesetzt worden.

Achtzig Prozent der im Mittelmeer nistenden Unechten Karettschildkröten haben ihre Nester an den Küsten des Ionischen Meeres. Sie sind als bedrohte Art eingestuft. Es besteht also ein sehr hohes Risiko, dass sie ohne Schutzmaßnahmen in naher Zukunft aussterben. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/ec28/03/04

Zustand der Natur

Die Lage ist ernst

■ 29 Prozent aller in Deutschland lebenden Tier- und Pflanzenarten und 31 Prozent der Lebensräume sind in einem schlechten Zustand. Das geht aus dem Bericht zur Lage der Natur in Deutschland vom Bundesumweltministerium (BMUB) und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) hervor, der Ende März veröffentlicht wurde. BMUB und BfN hatten zuvor eine umfassende, bundeseinheitliche Inventarisierung von Arten und Lebensräumen mit europaweiter Bedeutung vorgenommen. Da diese Arten für Deutschland repräsentativ sind beziehungsweise die Lebensräume

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Gebietsfremde invasive Arten

Weg frei für Eindämmung

■ Der Ausschuss der Ständigen Vertreter im Rat und der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments haben im März der

weite Flächen Deutschlands abdecken, liegt damit auch eine Bewertung für wesentliche Bestandteile der hiesigen biologischen Vielfalt vor. Die Erhebung war zur Erfüllung der europäischen Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie notwendig.

Obgleich sich einige Arten wie Wildkatzen, Biber oder Eidechsen erholten, sind laut Bericht sogar 60 Prozent aller durch EU-Recht geschützten Tier- und Pflanzenarten und 70 Prozent der geschützten Lebensräume in einem schlechten oder unzureichenden Zustand. So schrumpfte beispielsweise der Bestand jeder dritten Vogelart in wachsendem Tempo und artenreiche Wiesen würden verstärkt durch landwirtschaftliche Nutzung geschädigt. Natur- und Umweltschutzverbände sind alarmiert.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordern Bundes- und Landesregierungen dazu auf, die negativen Auswirkungen von Agrarwirtschaft und Massentierhaltung, die hauptsächlich für wachsende Gefährdungen von Arten und Lebensräumen verantwortlich seien, zu begrenzen und die bestehenden europäischen und nationalen Naturschutzgesetze entschlossener umzusetzen. Denn wie eine vergleichende Länderanalyse von BUND und NABU zeigt, ist der Artenschutz in Deutschland man-

gelhaft. Demnach würden in keinem der untersuchten Bundesländer Tiere, Pflanzen und Lebensräume so geschützt, dass der Verlust der Artenvielfalt in Deutschland bis 2020 gestoppt werden könne.

Dies hat die Bundesregierung allerdings 2007 als Ziel in der nationalen Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt erklärt. Laut den Umweltverbänden würde gar in 10 von den untersuchten 13 Bundesländern nicht einmal ein Drittel der formulierten Naturschutzziele erreicht.

Wegen des mangelnden Artenschutzes hat der NABU nun bei der EU-Kommission Beschwerde gegen die Bundesregierung eingelegt. Denn durch den Umbau von Graslandschaften zu Maisfeldern und den Ausbau der Biogasproduktion schwinden die Lebensräume vieler Vogelarten. Sogar in Natura-2000-Schutzgebieten ist zum Beispiel der Bestand von Bekassinen und Kiebitzen rückläufig. „Wenn EU-Mitgliedstaaten es nicht schaffen Maßnahmen zu ergreifen, zu denen sie nach EU-Recht verpflichtet sind, um Arten vor dem Aussterben zu bewahren, muss die EU-Kommission rechtliche Schritte einleiten“, sagte Ariel Brunner von BirdLife Europe, dem europäischen Dachverband des NABU. [ej]

- BMUB-Bericht zur Lage der Natur: www.kurzlink.de/bmub26/03/14

- Studie des BUND und NABU: www.nabu.de/biodiv-ampel2014
- Mitteilung von BirdLife: www.kurzlink.de/nabu04/04/14

Natura 2000

Gerichtshof der EU fällt Urteil zu FFH-Gebietsaufhebung

■ Erfüllt ein Natura-2000-Gebiet seine festgesetzten Eigenschaften zum Schutz der Umwelt, ist eine Beschränkung des Eigentums gerechtfertigt. Das hat der Gerichtshof der Europäischen Union Anfang April entschieden. Wenn aber infolge von Umweltschäden und trotz Beachtung der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH-RL) ein Gebiet endgültig nicht mehr zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume und Arten beiträgt, kann die zuständige nationale Behörde bei der EU-Kommission die Aufhebung der Klassifizierung als Schutzgebiet beantragen.

In dem verhandelten Fall geht es um das Natura-2000-Gebiet „Brughiera del Dosso“ in der Lombardei in Italien. Es ist 2004 in die Liste von „Gebieten mit gemeinschaftlicher Bedeutung“ aufgenommen und somit zum Schutzgebiet des Natura-2000-Netzes hinzugefügt worden.

Nachhaltigkeit

A-Z



P wie Pegelstände

Unsere Sommer werden zukünftig trockener, Extremereignisse wie Hochwasser oder Trockenperioden häufen sich. Dies hat deutliche Auswirkungen auf die Pegelstände von Flüssen und Seen und den Grundwasserspiegel. Zahlreiche regionale Untersuchungen bieten einen umfassenden Überblick zu den Herausforderungen an das Wassermanagement infolge des Klimawandels und zu möglichen Anpassungen.

S. Kaden, O. Dietrich, S. Theobald (Hrsg.)
Wassermanagement im Klimawandel
 Möglichkeiten und Grenzen von Anpassungsmaßnahmen

524 Seiten, broschiert, 44,95 Euro, ISBN 978-3-86581-480-7

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



In der Zwischenzeit ist auf Bestreben der regionalen lombardischen Behörden der nahe gelegene Flughafen Mailand-Malpensa vergrößert worden. Der Eigentümer einer Teilfläche des Schutzgebietes, die Gesellschaft Cascina Tre Pini, sieht nun durch negative Auswirkungen des Flughafens die Schutzfunktion des Areals beeinträchtigt und beantragte zuerst vor italienischen Gerichten, die Klassifizierung als Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung aufzuheben und den Status als Schutzgebiet zu entziehen, um von seinen Eigentumsrechten an dem Gebiet Gebrauch machen zu können. Da die nationalen Behörden keine Entscheidung fällen wollten, reichten sie den Fall an den Gerichtshof der EU weiter.

Nun hat der Gerichtshof geurteilt, dass prinzipiell der Schutzstatus eines Gebiets aufgehoben werden kann, wenn es seine ursprüngliche Schutzfunktion endgültig nicht mehr gewährleisten kann. Allein die ökologische Schädigung des Gebiets reicht dazu jedoch nicht aus. Auch die Verletzung der Schutzpflicht für das Gebiet durch den zuständigen EU-Mitgliedstaat sei kein hinreichender Grund. Ein verfehltes Management kann also nicht direkt dazu führen, dass ein Gebiet seinen Status verliert.

Durch die FFH-Richtlinie wurde seit 1992 mit dem Natura-2000-Netz das

größte ökologische Netz der Welt errichtet. 2010 umfasste es bereits 18 Prozent der Landfläche der EU. [ej, bv]

► EuGH-Entscheid kurz: www.kurzlink.de/C301/12d

► EuGH-Entscheid lang: www.kurzlink.de/C301/12eng

Jagd

Aus für Bleimunition gefordert

■ In fünf Bundesländern ist die Jagd mit bleihaltiger Munition immer noch erlaubt. Erst in elf Bundesländern sind Bleigeschosse bei der Jagd verboten. Ein Bündnis aus Natur-, Tier-, Verbraucherschutz- und Umweltschutzverbänden forderte deshalb Ende März die AgrarministerInnen von Bund und Ländern auf, die Jagd mit bleihaltiger Munition endlich bundesweit zu verbieten. Der Deutsche Naturschutzing, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, der Naturschutzbund Deutschland, der Ökologische Jagdverband und Slow Food Deutschland bemängeln in einem offenen Brief an die LandwirtschaftsministerInnen die Verzögerung des Verbots durch die Bundes- und Landesregierungen. Eine Umsetzung des bundesweiten Verbots halten die Verbände schon für das Jagdjahr 2015/2016 für möglich. Da die Bleibelastung von mit Bleigeschos-

sen erlegtem Wild signifikant höher ist als mit bleifreier Munition erlegtem, sterben beispielsweise regelmäßig Seeadler an den Folgen von Bleivergiftungen. Auch Verbraucher sind durch den Verzehr bleihaltiger Lebensmittel gefährdet. [ej]

► Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär, Tel. +49 (0)30 6781775-80, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Wildtierhandel

Weniger Wildnis in Europa

■ Zehn Tier- und Naturschutzverbände fordern von der deutschen Bundesregierung beim Handel und der privaten Haltung von Wildtieren strengere Vorschriften. In einem gemeinsamen Schreiben wiesen sie darauf hin, dass Deutschland mit Abstand der größte Importeur und Absatzmarkt für lebende Wildtiere ist. Sie appellierten an die Regierung, den Wildtierimport zu verbieten. Innerhalb der EU ist es verboten, frei lebende Wildtiere zu fangen und zu verkaufen. Im asiatischen Raum plündern Wilderer dagegen die Bestände vieler Wild-

newsletter
Nachhaltigkeitsnews

Sie möchten ...

- ... regelmäßig die neuesten Informationen zu Umwelt und Nachhaltigkeit in Ihrem Postfach haben?
- ... »druckfrisch« über unsere Neuerscheinungen informiert sein?
- ... aktuelle Artikel aus unseren Zeitschriften online lesen?

Dann abonnieren Sie unseren monatlichen newsletter!

In alten Ausgaben schmökern oder gleich abonnieren unter:
www.oekom.de/newsletter

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom
verlag

tierarten. Beim Fang, bei der Lagerung und auf dem Transportweg würden viele Tiere sterben, sagte der Leiter Naturschutzpolitik beim BUND Magnus Wessel.

In ihrem Positionspapier drängen die Verbände auch auf ein Verbot von Wildtierbörsen. Jedes Jahr organisieren Veranstalter in Deutschland Hunderte von Wildtierbörsen, auch die weltweit größte Reptilienbörse. Auf dieser halten und verkaufen HändlerInnen die Tiere unter sehr schlechten Bedingungen, kritisierte Sandra Altherr von Pro Wildlife. [rm]

► www.kurzlink.de/wild-14-tiere

Wissensvermittlung

Tierschutzlehrer ausgebildet

■ Seit Mitte April bietet der Deutsche Tierschutzbund wieder eine Weiterbildung zum Tierschutzlehrer an. Ziel der Initiative ist es, den Tierschutz als Thema in den Lehrplan der Grundschule bis zur sechsten Klasse zu integrieren. Zahlreiche Anfragen beim Deutschen Tierschutzbund und seinen angeschlossenen Vereinen bestätigen den Bedarf für Tierschutz als Unterrichtsstoff. „Gerade für Kinder und Jugendliche ist der Tierschutz ein spannendes und wichtiges Thema“, so der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder. An fünf Wochenenden sollen Lehrer und Engagierte die altersgerechte Wissensvermittlung erlernen. Zum Abschluss erhalten die Absolventen ein Zertifikat. [rm]

► www.kurzlink.de/tierschutz-14-lehrer

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europawahl I

Manifest für ein neues Europa

■ „A better Europe now“ – der Titel des Wahlmanifests der Spring Alliance ist ein eindeutiger Appell an das kommende EU-

Parlament und die neue EU-Kommission. Anfang April stellten die europäischen Sozial-, Umwelt-, Entwicklungs- und Gewerkschaftsdachverbände ihre Vision für eine Neuausrichtung der Europäischen Union vor und diskutierten sie mit VertreterInnen der europäischen Parteien.

Die Spring Alliance ruft die europäischen PolitikerInnen dazu auf, Menschen und Umwelt künftig an die erste Stelle zu stellen. Dazu müssten das neue Parlament und die kommende EU-Kommission mit der Austeritäts- und Deregulierungspolitik der EU brechen. Diese habe die ökonomische Krise nicht gelöst, sondern habe die soziale und ökologische Krise in Europa verschärft sowie zum Vertrauensverlust in politische Institutionen geführt. 26 Millionen Arbeitslose in der EU seien der lebende Beweis, dass die gegenwärtige Politik nicht funktioniere, sagte Bernadette Ségol, die Generalsekretärin des europäischen Gewerkschaftsbundes ETUC.

Die Spring Alliance zeigt in ihrem Manifest alternative Lösungen für die gegenwärtigen Krisen der EU auf. Diese seien nicht bloß Wünsche, sondern „Lösungen, von denen wir wissen, dass sie umsetzbar sind“, so die Präsidentin der Social Platform Heather Roy. Es gelte, die demokratische Kontrolle in der EU zu verbessern sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt und Gerechtigkeit voranzutreiben. Hierzu bräuchte es beispielsweise auch Investitionen in grüne Jobs, um hochwertige Arbeitsplätze für alle EU-BürgerInnen zu schaffen. Das alles, so die Organisationen, sei aber ohne eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik nicht machbar. Eine Abkehr von der am Bruttoinlandsprodukt (BIP) orientierten Wachstumslogik sei notwendig. Stattdessen müsste das Ziel der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit Kern des europäischen Entwicklungsmodells sein.

„Europas Umweltprobleme zu lösen, ist heute mehr denn je auch eine soziale und ökonomische Verpflichtung“, erklärte der Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB) Jeremy Wates. „Umweltschutz ist kein Luxus, den wir uns nur in Zeiten des Aufschwungs leisten können. Umwelt-

UVP mit Licht und Schatten

EU-Parlament und Ministerrat haben die Novelle der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten – kurz: UVP-Richtlinie – verabschiedet. Bei der UVP-Gesellschaft stößt das auf gemischte Reaktionen. Einige Änderungen wie etwa die Erweiterung der Schutzgüter waren längst überfällig und sind daher zu begrüßen. In Zukunft zählen auch Bevölkerung und menschliche Gesundheit, Fläche, Klima sowie biologische Vielfalt dazu.

Auch die Beschreibung von Projektauswirkungen muss künftig umfangreicher ausfallen: Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen, Anfälligkeit eines Projekts in Bezug auf den Klimawandel, hydromorphologische Veränderungen, die Auswirkungen infolge von Abrissarbeiten und die Beschreibung der Auswirkungen bedingt durch die Anfälligkeit eines Projekts für Risiken schwerer Unfälle und/oder Katastrophen müssen einfließen. Diese Anpassungen der Richtlinie sind sehr erfreulich. Auch der neu gefasste Artikel 5 der Richtlinie ist ein klarer Fortschritt: Dieser verpflichtet auf der einen Seite die Projektträger, die fachliche Eignung der Gutachter zu überprüfen. Auf der anderen Seite fordert er die Behörden auf sicherzustellen, dass das Personal über ausreichende Fachkenntnisse zur Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfung des UVP-Berichts verfügt oder gegebenenfalls notwendige Fachkenntnisse einholt. Enttäuschend ist dagegen, dass die überarbeitete Richtlinie weder zu einer Alternativenprüfung noch zum sogenannten Scoping verpflichtet. Beides ist auch weiterhin an den guten Willen des Projektträgers geknüpft.

Ärgerlich und unverständlich ist auch, dass Frackingprojekte nach wie vor von der UVP-Pflicht ausgenommen sind. Hierzu hatte sich die UVP-Gesellschaft bereits mit anderen Naturschutzverbänden in den Konsultationsprozessen kritisch geäußert. Schließlich könnte diese Ausnahme auch für andere Projekte eine generelle Signalwirkung haben. Oder gibt es eine plausible Begründung, die die Ausnahmeregelung für einen einzelnen und obendrein umstrittenen Vorhabentyp gegenüber allen anderen Vorhaben- und Projekttypen rechtfertigen kann?

Prof. Dr. Wolfgang Wende und Dr. Joachim Hartlik sind Vorsitzende der UVP-Gesellschaft. ►

schutz ist Kern der Lösung, um Europa aus der Krise zu führen.“ Nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit dürften dabei aber nicht auf Europa beschränkt bleiben. Vielmehr müsse die EU auch zu ihren internationalen Entwicklungsverpflichtungen stehen und die Ursachen für globale Ungleichheit bekämpfen, ergänzte Seamus Jefferson, Direktor des Netzwerks der europäischen Entwicklungs-NGOs Concord. [dh]

- Europamanifest der Spring Alliance: www.springalliance.eu/sites/default/files/MANIFESTO.pdf

Europawahl II

TTIP-EU-Kandidatencheck

■ Die Umweltschutzorganisationen BUND und Global 2000 haben Anfang April einen „TTIP-Check“ der EU-KandidatInnen für das Europäische Parlament online gestellt. Nach Eingabe des Wohnorts in Deutschland oder Österreich liefert die Homepage Informationen über die Einstellung der EU-KandidatInnen im Wahlkreis zum Freihandelsabkommen EU–USA (TTIP). Bisher haben allerdings nur wenige KandidatInnen Stellung bezogen. [bv]

- www.ttipcheck.eu

Europawahl III

Der Mehrwert der EU

■ Das EU-Parlament hat Ende März eine Studie herausgegeben, die den Wert der EU beziehungsweise die Kosten, wenn es diese nicht gäbe, in ausgewählten Politikfeldern aufzeigt. Das Parlament versteht die Studie als Diskussionsbeitrag zu Wachstum und Prioritäten der EU in den nächsten fünf Jahren. Auch die EU-Kommission rührt vor der Wahl die Werbetrommel und hat für Deutschland 13 gute Gründe zur Europawahl zu gehen zusammengestellt. Darin legt sie dar, warum die Europäische Union wichtig ist und was sie für die Bür-

gerinnen und Bürger hierzulande leistet. Zu den guten Gründen gehören beispielsweise Verbraucherschutz, Umweltschutz und der grenzüberschreitende Krankenschutz sowie Fakten zur EU-Förderung in Deutschland. [bv]

- Studie (engl.): www.kurzlink.de/cost-of-non-europe
- 13 gute Gründe: www.ec.europa.eu/deutschland/service/europawahl_2014_de

Europawahl IV

Gewählte VolksvertreterInnen als EU-Kommissare?

■ Das EU-Parlament hat im März vorgeschlagen, dass in Zukunft so viele gewählte Europaabgeordnete wie möglich in der EU-Kommission sitzen sollen. Das würde dem Berichterstatter Paulo Rangel (EPP, PT) zufolge die Exekutive der EU demokratischer machen.

Schon jetzt hat das EU-Parlament deutlich mehr Einfluss als noch vor der letzten Wahl. Denn vor dieser Europawahl hat jede Fraktion einen Spitzenkandidaten aufgestellt. Der Spitzenkandidat, dessen europäische Partei die meisten Stimmen bei der Wahl im Mai erhält, soll neuer Kommissionspräsident werden. Der Kommissionspräsident wählt bisher im Einvernehmen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten die mittlerweile 27 Kommissare der EU-Kommission aus. Das erachtet das EU-Parlament aber als undemokratisch und fordert, dass der gewählte Kommissionspräsident mehr Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl der Kandidaten für die Kommissare haben muss. Das soll ihm ermöglichen, ein vom Geschlecht her ausgewogenes und kompetentes Kollegium zusammenzustellen.

Das EU-Parlament fordert darüber hinaus, dass der nächste Verfassungskonvent die Größe der EU-Kommission reduzieren sowie deren Organisation und Funktion überprüfen soll. Das sieht auch der Lissabonvertrag für die neue Kommission vor. Der Rat hatte aber beschlossen, den Vertrag

so zu umgehen, dass weiterhin jedes Land einen Kommissar oder eine Kommissarin stellen kann. Wie Rat und Kommission auf den Vorstoß reagieren, bleibt abzuwarten.

[lh, bv]

- EU-Parlament zur Größe der Kommission: www.kurzlink.de/eu-parl-kommgroesse
- DNR-Steckbrief: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europawahl

Misswirtschaft

Ombudsfrau verurteilt EFSA

■ Die Europäische Ombudsfrau hat Ende März die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wegen Misswirtschaft verurteilt. PAN-Europe hatte 2011 eine Beschwerde beim Bürgerbeauftragten wegen der Besetzung einer EFSA-Arbeitsgruppe eingereicht. 10 der 13 Mitglieder der Arbeitsgruppe zum toxikologisch relevanten Schwellenwert (TTC) hätten Verbindung zur Industrie und seien daher nicht unabhängig. Die Ombudsfrau will nun die EFSA darin unterstützen, dass künftig keine Interessenkonflikte mehr bei Mitgliedern von Arbeitsgruppen auftreten. Nur durch die Unabhängigkeit der Gremien könne die EFSA ihrer Aufgabe gerecht werden, Europas Nahrungssicherheit zu gewährleisten. [bv]

- PAN Europe: www.pan-europe.info

Umwelthaftung

Studie empfiehlt Verschärfung

■ Die EU-Kommission sollte die Umwelthaftungsrichtlinie auf mehr Aktivitäten und Schäden ausdehnen und die existierenden Regeln verschärfen. Zu diesem Schluss kommen drei im Auftrag der Kommission erstellte Studien. Auf Grundlage des Verursacherprinzips schafft die EU-Umwelthaftungsrichtlinie von 2004 ein EU-weites Haftungssystem zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden an Tieren, Pflanzen, natürlichen Lebens-

„Das Parlament soll nicht nur Ja oder Nein sagen dürfen“

Die Europawahl im Mai bietet die Chance, über den Weg mitzubestimmen, aus der Krise der Europäischen Union herauszukommen. Auf eine gerechtere Handelspolitik, die den Menschen und der Umwelt dient, statt den Interessen von Konzernen, setzt Ska Keller, Abgeordnete im EU-Parlament und Spitzenkandidatin der Europäischen Grünen.

umwelt aktuell: Was waren für Sie die wichtigsten Themen, für die der Ausschuss für internationalen Handel in den letzten fünf Jahre federführend zuständig war?

In dieser Legislatur konnten wir feststellen, dass sich die europäische Handelspolitik zunehmend politisiert hat. Das lag vor allem an den durch den Lissabonvertrag dazugewonnenen Kompetenzen des Europaparlaments in der Handelspolitik. Auch wenn immer noch viel verbesserungswürdig ist, kann ich doch behaupten, dass sich in der Handelspolitik in den letzten fünf Jahren einiges bewegt hat: Es gibt ein bisschen mehr Demokratie und wir sehen viel mehr Diskussionen in der Öffentlichkeit. Wir ParlamentarierInnen machen Informationen über aktuelle Dossiers in der Handelspolitik zugänglich und erklären den Menschen in einfachen Worten, worum es bei den oft hoch technischen Verhandlungen geht. Wir kämpfen im Parlament für die Richtung, die die europäische Handelspolitik einschlagen soll. Das Musterbeispiel ist in diesem Kontext natürlich ACTA – das Abkommen gegen Produktpiraterie. Als Grünen-Fraktion haben wir mehr als zwei Jahr lang gegen ACTA mobil gemacht und unsere Kritik lautstark im Parlament vorgebracht. Ich persönlich habe vor allen Dingen deutlich gemacht, welche negativen Auswirkungen ACTA auf die Produktion von Generikamedizin hätte. Zusammen mit den Menschen auf der Straße und der Zivilgesellschaft haben wir schließlich das Abkommen gekippt – das war ein großer Erfolg.

Was konnten Sie im Ausschuss noch erreichen?

Welche Bedeutung das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) im Handelsausschuss mittlerweile erlangt hat, muss ich wahrscheinlich nicht erklären. Wir Grüne haben von Anfang an zu den Gefahren mobilisiert und – erfolgreich – versucht, die Aufmerksamkeit auf die großen Risiken zu lenken. Ich freue mich besonders, dass es so viel Lärm um die Investor-Staat-Klagen (ISDS) gibt. Schon seit Längerem arbeite ich an dem Thema, denn ISDS wird auch in andere Handelsabkommen integriert. Noch vor einem halben Jahr hat sich niemand für unsere Kritikpunkte interessiert, aber jetzt hat sich endlich der Wind gedreht.

Wo sehen Sie die Herausforderungen für das kommende Europäische Parlament?

Ich glaube, dass der Lissabonvertrag ein sehr wichtiger Schritt für die Demokratisierung der EU-Handelspolitik war. Aber es kann nur der erste Schritt gewesen sein. Das Parlament hat kein Mitspracherecht bei der Erteilung des Mandats für Verhandlungen und das ist ein großes Problem – dem Parlament echte Mitentscheidungsbefugnisse bei dem Mandat einzuräumen, ist von entscheidender Bedeutung. Ebenso wichtig ist das Recht, später noch Teile des ausgehandelten Textes abändern zu können und nicht nur Ja oder Nein sagen zu dürfen. Zwar wird es vermutlich so schnell erst mal keine Vertragsänderung geben, allerdings kann das Parlament immer wieder mehr Rechte einfordern. Bedeutsam ist zudem ein öffentlicher Zugang zu den Verhandlungsdokumenten.

Was halten Sie im kommenden EU-Parlament für besonders relevant auf der Agenda des Ausschusses für internationalen Handel?

Das wichtigste Dossier im kommenden EU-Parlament wird TTIP bleiben, das nach dem bisherigen Stand der Dinge 2015 fertiggestellt werden soll. Dringlichstes Anliegen für mich ist es, die Investor-Staat-Klage aus dem Abkommen herauszubekommen. Momentan wird die Diskussion auch in den Brüsseler Institutionen immer kritischer und die Stimmung kippt. Jetzt gilt es, sich hier weiter einzumischen! Anfang 2015 werden wir über CETA, das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada, abstimmen müssen. Auch gegen dieses Abkommen werden wir mobil machen. Des Weiteren stehen Abkommen mit Japan und China an. Die Kommission arbeitet außerdem daran, weitere „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ mit AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) abzuschließen. All diese Prozesse werde ich kritisch begleiten. Gleichzeitig ist es unerlässlich, weiter konzeptionell an einer alternativen grünen, sozialen und fairen Handelsagenda zu arbeiten.

Was haben Sie sich vorgenommen, sollten Sie wieder ins Europaparlament gewählt werden?

Ich kämpfe im Handelsausschuss für eine gerechtere Handelspolitik, die den Menschen und der Umwelt dient und nicht alleine den Konzerninteressen. Ins-

besondere die Perspektive von Entwicklungsländern ist mir ein Anliegen. Das bedeutet: Menschenrechte müssen in die Beurteilung von Freihandelsabkommen mit einfließen, bevor diese beschlossen werden; Menschenrechte und soziale Standards müssen in Handelsabkommen durchgesetzt werden; Entwicklungsländer sollen nicht gezwungen werden, ihre Märkte zu stark zu öffnen, damit die Märkte nicht mit unseren hoch konkurrenzfähigen Waren überflutet werden; es muss sichergestellt werden, dass weder in unseren Partnerländern noch in der EU Handelsabkommen das Recht auf Regulierung behindern. Schließlich sollte das Parlament sicherstellen, dass die Rechte der InvestorInnen nicht mehr gelten als die legitimen, demokratischen Entscheidungen der Regierung. Leider sieht das die Mehrheit des Parlaments (noch) nicht so, aber dafür werde ich mich weiter einsetzen.

Was geben Sie den deutschen Umweltverbänden für die nächste Legislaturperiode mit auf den Weg?

Handelspolitik ist nicht nur die Angelegenheit von einigen ExpertInnen, sondern geht uns alle an. Handelspolitik kann starke Auswirkungen auf die Umweltpolitik haben, glücklicherweise hat das die Diskussion um TTIP für viele Umweltbewegte deutlich gemacht. In der Handelspolitik gibt es momentan eine starke Lobby für mehr Liberalisierung und immer tiefer gehende Handelsabkommen. Wir Grüne brauchen hier ein Gegengewicht an unserer Seite, bei unserem Einsatz für eine fairere und damit auch ökologischere Handelspolitik.

Der Abdruck ist eine gekürzte Version des Interviews, das auf www.eu-koordination.de veröffentlicht ist.

[Interview: Bjela Vossen]

Die Grünen-Politikerin Ska Keller ist seit 2009 im EU-Parlament. Bei der Wahl kandidiert sie für das Amt der Kommissionspräsidentin.

Kontakt:
Tel. +32 (0)2 / 2847379,
E-Mail: franziska.keller@europarl.europa.eu
www.skakeller.de



räumen, Wasserressourcen und Böden. Dieses Haftungssystem gilt für explizit aufgeführte berufliche Tätigkeiten und für Betreiber anderer Tätigkeiten, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt haben. Aufgabe der Behörden ist es sicherzustellen, dass die verantwortlichen Betreiber die notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung oder Sanierung von Umweltschäden selbst ergreifen oder diese finanzieren.

Derzeit überprüft die EU-Kommission die Richtlinie und will bis Ende April 2014 einen Bericht mit geeigneten Änderungsvorschlägen vorlegen. [bv]

- ▶ EU-Kommission (engl.): www.ec.europa.eu/environment/legal/liability
- ▶ Zusammenfassung EU-Gesetzgebung: www.kurzlink.de/umwelthaftung-gesetz

Europäisches Semester

Neues Sozialbündnis

■ 16 EU-Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften haben Anfang April ein neues Bündnis für ein demokratisches, soziales und nachhaltiges Europäisches Semester geschlossen. Das Bündnis will mit seiner Arbeit die Zivilgesellschaft stärker in die Prozesse des Europäischen Semesters einbringen und sicherstellen, dass es zu einem effektiven Instrument für mehr Nachhaltigkeit wird. Das Europäische Semester dient als Hilfestellung und Zeitplan, um die vorgesehenen Ziele der Europa-2020-Strategie zu erreichen. Es sieht außerdem eine Koordinierung der Wirtschafts-, Haushalts- und der Beschäftigungspolitiken der EU-Länder vor. Europäische Leitinitiativen und Kernziele sollen in nationale Ziele übersetzt werden. Bisher sind nur die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten an dem Prozess beteiligt, nicht aber das EU-Parlament und die Zivilgesellschaft. [rp]

- ▶ www.semesteralliance.net/2014/04/07
- ▶ www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-europaeisches-semester.pdf

Nebeneinkünfte

Abgeordnete verdienen sich eine goldene Nase

■ Abgeordnete des deutschen Bundestags haben teilweise Nebeneinkünfte über 250.000 Euro jährlich. Das hat die Gehaltsoffenlegung Mitte März gezeigt. Seit dem vergangenen Jahr müssen Abgeordnete Nebeneinkünfte in einem Zehnstufensystem darlegen. Zuvor bestand das System nur aus drei Stufen, wobei die höchste Stufe nur Einkünfte ab 7.000 Euro erfasste. Durch das neue System zeigt sich, dass viele Bundestagsmitglieder zu ihren Abgeordnetendiäten deutlich dazuverdienen.

„Es ist gut, dass die Öffentlichkeit nun detaillierter über Nebeneinkünfte ihrer Abgeordneten informiert wird“, sagt Timo Lange von der Organisation LobbyControl. Doch das neue System reiche noch nicht aus. LobbyControl fordert die Darlegung in Euro und Cent aller Einkünfte der Abgeordneten des Bundestags. Abgeordnete der Linken, die ebenfalls für eine noch genauere Darlegung der Nebeneinkünfte sind, haben auf ihren Profildaten teilweise schon jetzt alle Einnahmen und Spenden offengelegt. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf hatten FDP und Union aber im letzten Jahr abgelehnt. CDU-Abgeordnete haben im Durchschnitt die höchsten Nebeneinkünfte.

LobbyControl fordert von den Abgeordneten, in Zukunft keine Lobbyarbeit mehr zu betreiben. Schließlich dürfen Abgeordnete laut Grundgesetz nicht an Anweisungen oder Aufträge gebunden sein. 2004 und 2005 gab es mehrere Skandale, bei denen Abgeordnete Summen von bekannten Wirtschaftsunternehmen wie RWE oder Siemens erhielten, für die sie keine ersichtliche Gegenleistung erbracht hatten. LobbyControl kritisiert die Interessenkonflikte: Abgeordnete, die für einen Lobbyverband oder ein Unternehmen arbeiteten, könnten keine unabhängigen Entscheidungen treffen. [lh]

- ▶ www.kurzlink.de/lobcontrol-nebenaet
- ▶ www.kurzlink.de/bt/info-nebentaet

VERKEHR & TOURISMUS

Riesen-Lkws

Noch kein grünes Licht

■ Ob Megatrucks in der EU erlaubt werden oder nicht, bleibt vorerst offen. Eine Entscheidung über deren grenzüberschreitenden Verkehr hat der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments im März vertagt. Die Folgen für Mensch und Natur seien zu ungewiss. „Die gewonnene Zeit muss nun genutzt werden, um sich der Verantwortung gegenüber der Umwelt, der Verkehrssicherheit und den Steuerzahlern zu besinnen“, sagten Eva Lichtenberger und Michael Cramer, die verkehrspolitischen Sprecher der Grünen im EU-Parlament.

Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden lehnen Megatrucks ab. Das europaweite Aktionsbündnis „No Mega Trucks“ weist darauf hin, dass es durch die Riesenlaster zu mehr Unfällen auf europäischen Straßen kommen könnte. Schon heute seien Lkws und übermüdete Fahrer schuld an den meisten Unfällen auf Autobahnen. Durch noch schwerere und größere Lkws würde die Zahl vermutlich weitersteigen. Die Riesenlaster stehen außerdem in der Kritik, da sie zusätzlichen Verkehr von der Schiene auf die Straße verlagern würden. Das steht im Widerspruch zum EU-Ziel, künftig mehr Personen und Güter mit der umweltfreundlichen Bahn zu transportieren. Durch zusätzlichen Verkehr würde auch der CO₂-Ausstoß weiter ansteigen. Europäische Straßen sind zudem nicht für Fahrzeuge mit bis zu 60 Tonnen Gewicht ausgelegt. Durch die schweren Lkws können Risse in den Fahrbahnen entstehen, die häufigere Reparaturen nötig machen.

In Schweden, Finnland, Holland und Dänemark sowie in einigen deutschen Bundesländern sind die Megatrucks schon erlaubt. Die meisten der anderen EU-Staaten und auch die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind allerdings dagegen. [lh, ej]

- ▶ No Mega Trucks: www.nomegatrucks.eu

Verkehrsplanung

Rechnungshof kritisiert EU-Projektplanung

■ Mit EU-Mitteln geförderte Nahverkehrsprojekte werden unzureichend genutzt. Zu diesem Schluss kommt der Europäische Rechnungshof (EuRH) in einem Anfang April veröffentlichten Bericht.

Die PrüferInnen des EuRH analysierten in dem Bericht „Wirksamkeit von durch die EU geförderten Projekten im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs“ die Leistung von 26 öffentlichen Nahverkehrsprojekten. Dafür nahmen sie in den Zeiträumen von 2000 bis 2006 und 2007 bis 2013 Projekte in elf Städten in Spanien, Frankreich, Italien, Polen und Portugal unter die Lupe. Laut Bericht bleiben bei zwei Dritteln der aus den EU-Strukturfonds kofinanzierten Nahverkehrsprojekte die Nutzerzahlen hinter den Erwartungen zurück. Dementsprechend würden häufig auch nicht die erwarteten positiven wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen erzielt. Umweltverschmutzung und Verkehrsstaub würden somit nicht in erwünschtem Maß reduziert.

Als Hauptursachen identifizieren die PrüferInnen Schwachstellen bei der Projektkonzeption und eine unzulängliche Mobilitätspolitik. So würden in der Pla-

nung Benutzerzahlen überschätzt und verschiedene Verkehrsmittel unzureichend koordiniert. Zudem mangle es an städtischen Mobilitätsplänen. „In diesen Zeiten knapper Haushaltsmittel sollte jeder aus dem EU-Haushalt bereitgestellte Euro effektiv dafür eingesetzt werden, einen ermittelten Bedarf zu decken. Vor diesem Hintergrund haben wir der Kommission fünf konkrete Empfehlungen unterbreitet, um Qualität und Ergebnisse künftiger Projekte zu verbessern“, sagte Iliana Ivanova, für den Bericht zuständiges EuRH-Mitglied. Die Empfehlungen umfassen verschiedene Verbesserungen bei der Erarbeitung der Zielindikatoren und der Einbettung der Projekte in eine umfassende Mobilitätspolitik. [ej, Quelle: UWD]

- UWD: www.kurzlink.de/uwd090414
- Mitteilung des EuRH: www.kurzlink.de/eurh070414

Maut

Mehr Lkws werden gebührenpflichtig

■ Das Bundesverkehrsministerium will die Lkw-Maut ab 2015 auf Transporter mit einem Gewicht von mehr als 7,5 Ton-

nen ausweiten. Die bestehenden Mautsätze sollen dann jedoch gesenkt werden. Diese Pläne stellte Verkehrsminister Alexander Dobrindt Ende März vor. Bisher müssen nur Lkws mit einem Gewicht von mehr als 12,5 Tonnen die Maut zahlen. Ab 2018 soll die Lkw-Maut auch auf vierspurigen Bundesstraßen gelten.

Umweltverbände lobten die Pläne, forderten aber Nachbesserungen. Laut dem Naturschutzbund Deutschland (NABU) müssen die Abgaben für alle Bundesstraßen gelten, um Ausweichrouten auszuschließen. Außerdem müsse der Bund eine eigene Mautklasse für besonders schadstoffarme Fahrzeuge einrichten. „Lkws mit der Euro-6-Abgasnorm stoßen fast keine Luftschadstoffe mehr aus. Dies sollte über eine eigene Mautklasse honoriert werden. Im Gegenzug sollten alle anderen Lkws ab der Schadstoffnorm Euro 5 oder schlechter höher bemaute werden“, sagte NABU-Verkehrsexperte Dieter Oeliger.

Die deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte vor allem die geplante Senkung der Mautsätze und forderte, auch leichte Nutzfahrzeuge in die Maut einzubeziehen.

Minister Dobrindt möchte außerdem ab 2016 eine Pkw-Maut auf Autobahnen für ausländische Fahrzeuge einführen. Ob dies geltendem EU-Recht entspricht, ist derzeit umstritten. [ej]



Wer wenden will, muss steuern können

Die Energiewende ist das wichtigste Gemeinschaftswerk der deutschen Nachkriegsgeschichte. Allerdings droht die Energiewende von der Politik ausgebremst und von Interessenvertretern aus der Industrie zerredet zu werden. Dieses Buch demonstriert warum die Energiewende notwendig ist, wie sie gelingen kann und wie wir mit der bestehenden Begeisterung dieses wichtige Generationenprojekt gemeinschaftlich zum Erfolg führen können.

U. Bartosch, P. Henicke, H. Weiger (Hrsg.)
Gemeinschaftsprojekt Energiewende
 Der Fahrplan zum Erfolg

112 Seiten, Broschur, 14,95 Euro, ISBN 978-3-86581-668-9
 Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

oekom

- ▶ Dobrindt im Interview:
www.kurzlink.de/doblkwmaut
- ▶ Stellungnahme NABU:
www.kurzlink.de/nabulkwmaut
- ▶ Stellungnahme DUH:
www.kurzlink.de/duhlkwmaut

WASSER & MEERE

Internationaler Wasserschutz

Neuer Nachhaltigkeitsstandard

■ Anfang April hat die International Alliance for Water Stewardship (AWS) in Peru den ersten internationalen Standard für nachhaltigen Umgang mit Süßwasser verabschiedet. Das internationale Bündnis aus NGOs, Stiftungen, Wirtschaftsvertretern und Teilen der UN verleiht den Standard künftig an Industrieanlagen, Landwirte oder Wasserversorger, wenn bestimmte Prinzipien zum Umgang mit Wasser eingehalten werden. Das betrifft etwa die nachhaltige Entnahme, Wasserqualität und den Schutz von Wassergebieten. [am]

- ▶ www.allianceforwaterstewardship.org

Walschutz

Japan darf nicht weiterfangen

■ Mit Forschungsprojekten hat Japan bisher die Tötung von Walen in der Antarktis gerechtfertigt. Zu Unrecht – wie die Richter des Internationalen Gerichtshofs Ende März urteilten: Japan müsse alle Genehmigungen widerrufen und die Tötungen einstellen. Japan akzeptierte das Urteil und versprach, die Auflagen einzuhalten.

Japan ist allerdings nicht das einzige Land, in dem das Walfangverbot unterlaufen wird. In Europa jagen Grönland, Island und Norwegen Delfine und Wale. Der Verein Pro Wildlife fordert deshalb

von der EU, dass sie gegen Dänemark ein Verfahren wegen Vertragsverletzung einleitet und auf die Nichtmitglieder Druck ausübt. Die USA kündigten unterdessen Sanktionen gegen Island an, sollte der Walfang nicht eingestellt werden. Delegierte würden bei jedem Kontakt mit Island auf die Beendigung der Tötungen drängen und Vertragsänderungen davon abhängig machen, hieß es in einer Mitteilung des Weißen Hauses. [rp]

- ▶ www.prowildlife.de/PM_Walfang_Europa2014
- ▶ Pro Wildlife, Walexpertin Dr. Sandra Altherr,
Tel. +49 (0)89 / 81299507,
E-Mail: mail@prowildlife.de
- ▶ www.wdcs-de.org

Illegale Fischerei

EU verhängt Einfuhrverbote

■ Die EU-Fischereiminister haben im März ein Einfuhrverbot für Fischereiprodukte aus Belize, Kambodscha und Guinea verhängt. Grund ist, dass die Länder sich nicht an Regeln gegen illegale und unregulierte Fischerei halten. EU-Schiffe dürfen nun nicht mehr in den Gewässern dieser Länder fischen und EU-Staaten keine Fischereiprodukte aus den Ländern einführen.

Der WWF begrüßte die Entscheidung als mutigen Schritt. Der Schaden durch illegale Fischerei belaufe sich weltweit auf bis zu 23,5 Milliarden Dollar jährlich und bedrohe die Lebensgrundlage vieler Menschen gerade in ärmeren Staaten. [am]

- ▶ WWF, Fischereiexpertin Anna Holl, Hamburg,
Tel. +49 (0)40 / 530200339,
E-Mail: anna.holl@wwf.de www.wwf.de

Maritime Raumplanung

Weg frei für Richtlinie

■ Der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments hat Anfang April dem im Trilog erzielten Kompromiss zur maritimen Raumplanung zugestimmt. Ziel der Richtlinie ist,

die Nutzung des Meeresraums zwischen den einzelnen EU-Ländern besser zu koordinieren. Damit soll laut EU-Kommission eine höhere ökologische Nachhaltigkeit der vielfältigen Nutzungsformen der Meere sichergestellt werden. Außerdem soll die Richtlinie es einfacher machen, grenzüberschreitende Meeresschutzgebiete auszuweisen. Nötig geworden sei die Richtlinie wegen der wachsenden Ansprüche an Meeresraum durch Sektoren wie Offshorewindkraft und Aquakulturen (umwelt aktuell 04.2014, S. 26). Nun müssen noch das Parlamentsplenum und der Ministerrat über die Richtlinie abstimmen, die Zustimmung gilt aber als sicher. [rp]

- ▶ Richtlinienvorschlag:
www.kurzlink.de/dir-prop-mar-spat14

Direkte Demokratie

Recht auf Wasser droht zu versickern

■ Die Europäische Kommission hat Ende März auf die erste erfolgreiche europäische Bürgerinitiative (EBI) reagiert. In ihrer Antwort bestätigte die Kommission zwar die Bedeutung des Menschenrechts auf Wasser und Abwasserentsorgung sowie die Wichtigkeit von Wasser als öffentlichem Gut. Allerdings will die Kommission keinen Legislativvorschlag dazu machen, sondern lediglich eine neue Konsultation zu möglichen Gesetzesänderungen starten.

Die Organisatoren der EBI „Wasser ist ein Menschenrecht“ (Right2Water) reagierten enttäuscht. „Die Europäische Kommission ist wenig ambitioniert, den Erwartungen von 1,9 Millionen Menschen gerecht zu werden“, sagte Jan Willem Goudriaan, Vizepräsident der EBI Right2Water. „Ich bedauere, dass es keinen Gesetzesvorschlag für die Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser gibt.“

Die EBI fordert zudem eine rechtliche Verankerung, dass es auch künftig in der EU keine Liberalisierung von Wasserver-

sorgung und Abwasserentsorgung geben wird. Zwar hat die breite Unterstützung für die EBI dazu geführt, dass die Versorgung mit Wasser und Abwasserentsorgung von der Konzessionsrichtlinie ausgeschlossen wurden. Die Kommission hat sich jedoch nicht explizit dazu verpflichtet, diese Leistungen auch von Verhandlungen über Handelsabkommen wie das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP auszuschließen.

Die Organisatoren der EBI begrüßten die Aussage der Kommission, dass die Bereitstellung von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung generell in der Verantwortung der lokalen Autoritäten liegen sollte, die am dichtesten an den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sind. Das bestätigte den Trend zu Rekommunalisierung in Europa und sei der sicherste Weg, um Wasser aus den Binnenmarktregelungen heraushalten zu können.

Sven Giegold, Spitzenkandidat der Grünen für die Europawahlen kritisierte die Kommissionsentscheidung als Schlag ins Gesicht der Bürger. Ohne Gesetzesvorschläge der EU-Kommission würden die Initiatoren der Bürgerinitiative und die Bürgerinnen und Bürger ihre Hoffnung auf mehr europäische Demokratie verlieren. Die Konsultation bezeichnete Giegold als Versuch, das Thema bis nach den Europawahlen zu verschleppen. [bv]

- ▶ www.right2water.eu
- ▶ www.svengiegold.de
- ▶ DNR-Steckbrief zur EBI:
www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi.pdf

Trinkwasser

Hohe Nitratbelastung wegen Biogas

■ Einem Bericht der Süddeutschen Zeitung zufolge ist die Verschmutzung von deutschem Trinkwasser mit Nitrat gestiegen. So sind über ein Viertel der Reservoirs in einem schlechten Zustand. Ein Grund für den Anstieg der Belastung ist der verstärkte Anbau von Energiepflanzen für die Biogasgewinnung. Erst kürzlich hatte der Verein VSR-Gewässerschutz anlässlich des Weltwassertags gefordert, die Auswirkungen des Anbaus von Pflanzen für Biogasanlagen auf den Wasserhaushalt zu berücksichtigen und gegenzusteuern.

Der Biogasboom ist allerdings nicht allein für die steigenden Nitratwerte verantwortlich zu machen. Besonders belastet ist das Grundwasser in Gegenden, in denen es viele Tiermastställe gibt. Wegen der anhaltenden Belastung läuft seit Oktober vergangenen Jahres ein Verfahren der

EU-Kommission gegen die Bundesrepublik, damit diese ihre Düngeverordnung überarbeitet. [am]

- ▶ www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/PE+Wassertag+2014.pdf

Hochwasserschutz

Verbände positionieren sich

■ Umweltverbände fordern einen Fokus auf vorsorgenden Hochwasserschutz im geplanten Nationalen Hochwasserschutzprogramm. Hochwassermaßnahmen müssten immer im Einklang mit bestehenden Naturschutzregelungen wie Natura 2000 und der EU-Wasserrahmenrichtlinie erfolgen und Synergien nutzen.

Das von der Grünen Liga koordinierte Verbändebündnis fordert, den Flüssen mehr Raum zu geben und spricht sich für Deichrückverlegungen aus. Dafür müssten mehr Mittel aus dem Hochwasserschutztopf fließen, was dem Schutz vor Überschwemmungen und dem Naturschutz in den Auenregionen gleichermaßen diene. Auch in den Regionen, in denen Hochwasser entstehen, müsse mit kleinen Maßnahmen gegengesteuert werden. Wichtig sei außerdem, dass die öffentliche Hand keine Maßnahmen fördere, die das Hoch-

Nachhaltigkeit

A-Z



Hans-Martin Mulisch, Werner Winter
Ressource Trinkwasser
Wissen, was wir trinken

W wie Wasserqualität

Wie stark ist unser Leitungswasser mit Chemikalien belastet? Welche Einflüsse haben die Energieversorgung, die Belastung der Ozeane und die Bevölkerungsentwicklung auf die Wasserqualität? Wie können wir die Trinkwasserversorgung für kommende Generationen sichern? Das vorliegende Buch bietet neben den Antworten auf diese Fragen praktische Ratschläge zu den Themen Wassersparen, Regenwassernutzung und Trinkwasserinstallation.

H.-M. Mulisch, W. Winter
Ressource Trinkwasser
Wissen, was wir trinken

240 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-477-7

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

DIE ZUKUNFT DES WIRTSCHAFTENS HAT BEGONNEN!



GÜNSTIGES PROBEABO

Zwei Ausgaben für nur 19,- Euro
statt 35,50 Euro (inkl. Versand
in Dtl.)

Die Zeitschrift Ökologisches
Wirtschaften schließt die Lücke
zwischen Theorie und Praxis
einer nachhaltigen Gestaltung
der Wirtschaft.

JETZT
PROBEABO
ANFORDERN!

Bestellung an: abo@oekom.de

Leseproben, Informationen zur
Zeitschrift und Abobedingungen:
www.oekologisches-wirtschaften.de

oekom
verlag

wasserrisiko steigen lassen. Hier haben die Umweltschützer beispielsweise den ohnehin umstrittenen Energiemaisanbau im Blick, da dieser den Wasserrückhalt verringert. [am]

- ▶ www.wrrl-info.de/docs/positionspapier_nat_hw_schutz.pdf
- ▶ Grüne Liga, Wasserexperte Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 40393530, E-Mail: wasser@grueneliga.de

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

TTIP

Bürgermeinung ist gefragt – oder etwa doch nicht?

■ Seit Ende März können EU Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zum Investitionsschutz in der transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA abgeben. EU-Handelskommissar Karel de Gucht startete die Konsultation als Reaktion auf die starke öffentliche Kritik am Investorenschutz im geplanten Freihandelsabkommen mit den USA. Laut EU-Kommission sollen Investoren beispielsweise vor indirekter Enteignung geschützt werden. Die geplante Einführung von Investor-Staat-Klagen kann jedoch dazu führen, dass die EU oder die USA von Investoren auf Entschädigung für entgangene Profite verklagt werden, die aufgrund von beispielsweise Umweltstandards hervorgerufen wurden.

Wie stark die Ergebnisse der Konsultation tatsächlich Auswirkungen auf den Inhalt des Kapitels haben, ist bisher unklar: „Der Gnade von unternehmensfreundlichen Schiedsgerichten ausgeliefert zu sein, würde Regierungen stark davon abhalten, Gesetze im öffentlichen Interesse zu formulieren. Zu einer Zeit, in der die demokratische Legitimation der EU-Institutionen selbst umstritten ist, mag es nicht die beste Idee sein, Verantwortung an eine Institution zu übertragen, die noch weiter

von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt ist“, sagte Pieter de Pous, EU-Politikdirektor des Europäischen Umweltbüros sowie Mitglied des TTIP-Beratungsgremiums der EU. Auch zu der Konsultation selbst gab es Kritik. Das Aktionsnetzwerk Campact wies darauf hin, dass nur auf Handelsrecht spezialisierte Juristen in der Lage seien, den Gesetzestext zu verstehen. Die Konsultation wird bis zum 21. Juni laufen. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/konsult-ttip-isd
- ▶ www.kurzlink.de/pm-eeb-konsult-isd
- ▶ www.blog.campact.de/2014/03/pseudo-konsultation/

Ressourceneffizienz

Doppelt hält besser

■ Die Europäische Ressourceneffizienzplattform (EREP) hat im April ihre abschließenden Empfehlungen an die Politik veröffentlicht. Somit endet der zweijährige Prozess, der führende VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammengebracht hat. Fokus ist die Forderung an die EU, die Ressourcenproduktivität bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Die Erwartungen für die Steigerung der Ressourceneffizienz bis zum Jahr 2030 liegen bei 15 Prozent, daher fordert die EREP ein 30-Prozent-Ziel.

Weitere Empfehlungen beinhalten unter anderem den Abbau umweltschädlicher Subventionen und die Forderung an die EU, klare Ziele und Indikatoren für Ressourceneffizienz zu formulieren. Die Europäische Nichtregierungsorganisation Friends of the Earth Europe (FoEE) kritisierte den Mangel an konkreten Politikempfehlungen der Plattform und bewertete das 30-Prozent-Ziel als nicht ambitioniert genug. Entscheidend sei nun, ob und wann die Empfehlungen von der Politik angenommen und umgesetzt werden. Das kurz vor der Veröffentlichung stehende Gesetzespaket der EU zur zirkulären Wirtschaft sei hier ein guter Wegweiser. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/erep-empfehlung
- ▶ www.kurzlink.de/foee-erep-reaktion

DNR INTERN

Altlastensanierung

Giftige PCB beseitigen

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks aufgefordert, Maßnahmen gegen die Belastung der Umwelt mit polychlorierten Biphenylen (PCB) zu ergreifen. „Die Emissionsquellen müssen gefunden und gestopft werden“, sagte der Präsident des DNR Hartmut Vogtmann am 25. März bei einer Pressekonferenz in Berlin.

PCB-verseuchtes Rindfleisch und Eier machten in den vergangenen Jahren Schlagzeilen. Dass eine der giftigsten Chemikalien, die es gibt, auch in sogenannten Zweckgebäuden – dazu gehören beispielsweise Schulen, Bürohäuser oder Einkaufszentren – schlummert, ist weniger bekannt. Gut 20.000 Tonnen PCB wurden in den 1960er- und 70er-Jahren in Fugendichtungsmassen verbaut. Eine genaue Inventarisierung dieser Altlasten gibt es aber nicht.

In der PCB-Richtlinie wird empfohlen, die Konzentration des Schadstoffs in der Raumluft durch Lüften zu verringern. „Hinauslüften löst das Problem nicht“, kritisierte der Generalsekretär des DNR Helmut Röscheisen. Stattdessen sollten die PCB-haltigen Materialien aus den Gebäuden entfernt werden. Röscheisen plädiert dafür, die Kosten für die Eindämmung von PCB nicht auf die Steuerzahler abzuwälzen. Hier gebe es eine moralische Pflicht der Hersteller. Es gelte das Verursacherprinzip. Auch wenn seit 1983 die Produktion von PCB eingestellt und der Einsatz des Stoffes seit 1989 komplett verboten sind, muss wegen der ungeklärten Entsorgung dringend etwas geschehen. „Wenn wir nicht handeln, wird es teurer und teurer“, mahnte DNR-Präsident Vogtmann.

Nach Schätzungen des Stockholmer Übereinkommens zu persistenten organischen Schadstoffen (POPs) betragen die Kosten für die Entsorgung von weltweit drei Millionen Tonnen PCB-kontaminiertem Öl etwa 15 Milliarden Dollar. Offi-

ziellen Angaben zufolge würde allein die PCB-Sanierung des Unicenters in Köln 30 Millionen Euro kosten.

PCB gelten als extrem schädigend für das menschliche Nervensystem, das Immunsystem und das Hormonsystem. Im vergangenen Jahr stufte die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) PCB als krebserregend ein. Die Substanzen reichern sich in der Muttermilch an und werden mit Verhaltensstörungen bei Kindern wie dem Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS) in Verbindung gebracht. Auch die in großem Umfang produzierten persistenten PCB-Ersatzstoffe sind gefährlich und müssen nach Ansicht des DNR durch eine Verschärfung der europäischen Chemikalienverordnung REACH rasch aus dem Verkehr gezogen werden. Höchste Zeit, dass gehandelt wird und die Politik die Industrie in die Pflicht nimmt – aus Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. **[Marion Busch]**

► Hintergrundpapier:

www.dnr.de/downloads/hintergrundpapier-zu-pcb_ch-rw1-ul_roe_24.3.20.pdf

► Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär,
Tel. +49 (0)30 / 678 1775-70Konferenz**Atommüll ohne Ende**

■ Im April hat der Bundestag eine Expertenkommission eingesetzt, die die Suche nach einem Endlagerstandort begleiten soll. Auch zwei VertreterInnen der Umweltverbände sollen der Kommission angehören. Verbände und Bürgerinitiativen sind sich aber über die Mitarbeit in der Kommission uneins. Einige Gruppen hatten ihre Mitarbeit in der Kommission kategorisch ausgeschlossen, andere knüpften die Teilnahme an konkrete Vorbedingungen, wiederum andere wollten sich auf die Kommission einlassen, um die Türen zur Politik nicht auf Jahre zu verschließen.

Reingehen oder draußen bleiben – dieser Konflikt beschäftigte die Umwelt- und Anti-Atom-Gruppen auch auf der Konferenz „Atommüll ohne Ende. Auf der

Suche nach einem besseren Umgang“, zu der Verbände und Initiativen unter Federführung des Deutschen Naturschutzrings (DNR) Ende März eingeladen hatten. Zwar konnte die Konferenz nicht zur endgültigen Lösung des Streits, wohl aber zur Annäherung zwischen den einzelnen Lagern beitragen. Dabei wurde deutlich: Die Umweltbewegung braucht Zeit, um eine mehrheitsfähige Position zur Teilnahme an der Endlagerkommission zu finden. Vor allem aber, um das von gegenseitigem Misstrauen geprägte Verhältnis zwischen Verbänden, Politik und Energiewirtschaft zu klären und Vertrauen aufzubauen. Denn aus ihrer Sicht ist das Endlagersuchgesetz, das Bundestag und Bundesrat mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen verabschiedet hatten, ein Fehlstart für einen vertrauensvollen Prozess. Ohne Verbände und Initiativen miteinzubeziehen, hatten Bund und Länder untereinander einen Konsens ausgehandelt. Die nachträglich zur Evaluierung des Gesetzes berufene Kommission sei nicht mehr als ein demokratisches Feigenblatt.

Aber auch die geplante Arbeitsweise und die Besetzung des 33-köpfigen Gremiums stoßen bei der Anti-Atom-Bewegung auf Widerstand. Beispielsweise werden Wissenschaftler in der Kommission sitzen, die sich bislang für Gorleben als Endlagerstandort starkgemacht haben. Aber auch die Entscheidungsfindung mit Zwei-Drittel-Mehrheit scheint aus Sicht der Umweltgruppen kontraproduktiv, um den gesellschaftlichen Großkonflikt um die Atommülllagerung zu überwinden. Offen bleibt zudem die Frage, welche Rolle die Expertenkommission bei der Endlagersuche wirklich spielen wird: Das Parlament muss ihre Ergebnisse nicht berücksichtigen und die meisten Kompetenzen im Suchprozess soll das umstrittene neue Bundesamt für kerntechnische Endlagerung erhalten. Dessen Entscheidungen sind laut Gesetz kaum anfechtbar und könnten den Weg frei machen für ein Endlager in Gorleben.

Die Politik scheint das Misstrauen der Anti-Atom-Gruppen inzwischen verstanden zu haben und hat in einzelnen Fragen Entgegenkommen signalisiert. Bei der Benennung der Kommissionsmitglieder

durch Bundestag und Bundesrat am 10. und 11. April blieben die Plätze der Umweltverbände dennoch frei. Am 12. April kündigte der BUND als erster Verband an, einen Vertreter in die Kommission zu schicken.

Wie auch immer am Ende eine Mitwirkung der gesamten Anti-Atom-Bewegung an der Endlagerkommission aussieht, für Verbände und Bürgerinitiativen ist klar: Eine Kommission genügt nicht. Ohne eine öffentliche Debatte über den Umgang mit den strahlenden Hinterlassenschaften einer verfehlten Energiepolitik kann es keine dauerhafte Lösung geben. **[Daniel Hiß]**

- ▶ Tagungsdokumentation: www.dnr.de/aktuell/dokumentation-tagung-atommuell.html
- ▶ Dr. Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär, Tel. +49 (0)30 / 678 1775-70, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de

EU-Koordination

Umweltverbände in Brüssel

■ Wie handeln Rat und Parlament in der Europäischen Union ein Gesetz aus, wer sind wichtige AnsprechpartnerInnen im EU-Parlament und welche Verbündeten gibt es für deutsche Umwelt-NGOs in Brüssel? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der jährlichen Lern- und Lobbyfahrt der EU-Koordination des DNR, an der im März rund 20 VertreterInnen deutscher Umweltorganisationen teilnahmen. Eingeladen wurde die Gruppe von dem Verkehrspolitiker der Grünen Michael Cramer.

Drei Tage lang lernten die TeilnehmerInnen die informelle Hauptstadt der EU kennen. Das eng gestrickte Programm beinhaltete neben einer theoretischen Einführung in das politische System der EU viele Gespräche mit Praktikern. So traf die Gruppe EU-Abgeordnete aus den Ausschüssen Umwelt, Verkehr, Handel, Energie und Landwirtschaft, Brüsseler NGO-KollegInnen sowie VertreterInnen der Europäischen Kommission und der nordrhein-westfälischen Landesvertretung. Inhaltlich drehte sich bei den

Gesprächen vieles um die anstehenden Europawahlen, die EU-Klima- und Energiepolitik nach 2020 sowie das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA TTIP.

Die TeilnehmerInnen bekamen in den drei Tagen einen guten Überblick über Entscheidungsprozesse, einen Einblick in die „EU-Blase“ und das Handwerkszeug, ihre Positionen künftig besser in die EU-Politik einzubringen. **[Antje Mensen]**

- ▶ Kontakt für künftige Brüsselfahrten: Bjela Vossen, Berlin, +49 (0)30 / 6781775-85, E-Mail: bjela.vossen@dnr.de

Programmorschau

Deutscher Naturschutztag

■ Vom 8.–12. September 2014 findet der 32. Deutsche Naturschutztag (DNT) im kurfürstlichen Schloss Mainz statt. Das Motto in diesem Jahr ist „Verantwortung für die Zukunft – Naturschutz im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen“. Zu diesem Thema finden an den vier Tagen Vorträge, Exkursionen und Diskussionen statt. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer und die Landesumweltministerin Ulrike Höfken haben ihre Teilnahme bereits zugesagt.

Zu den Spannungsfeldern von Naturschutz und Gesellschaft gehören Themen wie Gewässer- und Hochwasserschutz, Akzeptanz für eine naturverträgliche Energiewende, naturverträgliche Landwirtschaft und gesunde Ernährung, die vor dem Hintergrund rechtlicher Entwicklungen und der Umsetzung der nationalen wie internationalen Strategien für biologische Vielfalt diskutiert werden. Seit 1925 ist der DNT der größte und einflussreichste Fachkongress für den beruflichen und privaten Naturschutz in Deutschland. Das genaue Programm wird im Mai veröffentlicht. **[lh]**

- ▶ www.deutscher-naturschutztag.de
- ▶ DNR, Helga Inden-Heinrich, Tel. +49 (0)30 / 6781775-98, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) besteht seit 1994. Das Ziel des gemeinnützigen Vereins ist eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Durch den verstärkten Einsatz ökonomischer Instrumente der Wirtschaftspolitik wie Umweltsteuern und Zertifikatelösungen soll die soziale Marktwirtschaft zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. Grundidee ist dabei das Verursacherprinzip, nach dem Preise die „ökologische Wahrheit“ sagen müssen, damit Märkte effizient funktionieren. Als wichtigste nächste Schritte sieht das FÖS den Abbau der Steuerprivilegien des Flugverkehrs, der energieintensiven Industrie und von Dienstwagen. Rund zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfassen Studien, entwickeln politische Konzepte und organisieren Veranstaltungen im In- und Ausland, um die Ideen des Vereins an die Politik und wichtige Interessenvertreter heranzutragen. Seit 2014 ist das FÖS auch Rechtsträger der Klima-Allianz. **[vw]**

- ▶ Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, Damian Ludewig, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 7623991-30, E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de

Gentechnikfreies Europa

Seit der Gründung 2008 setzt sich der Verein Gentechnikfreies Europa für ein Einfuhr-, Anbau- und Fütterungsverbot von gentechnisch veränderten Produkten in Europa ein. Zudem fordert er eine Kennzeichnungspflicht für alle importierten Lebensmittel. Dafür will Gentechnikfreies

Europa die Wahrnehmung der Öffentlichkeit für Genprodukte und Saatgut schärfen. Denn Genprodukte stellen eine Bedrohung für die biologische Vielfalt dar und damit auch für das traditionelle und standortangepasste Saatgut vieler Landwirte. Durch den Verlust der traditionellen Saat könnte schlimmstenfalls die Ernährungssouveränität ganzer Nationen verschwinden. [rm]

- Gentechnikfreies Europa, Jürgen Binder, Stuttgart, Tel. +49 (0)170 / 1857424, E-Mail: office@gentechnikfreies-europa.eu, www.gentechnikfreies-europa.eu

Germanwatch

Seit 1991 setzt sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen ein. Mit gut 604 Mitgliedern konzentriert sich der gemeinnützige Verein bei seiner Arbeit auf die Politik und die Wirtschaft des Nordens und dessen Folgen für den Süden. Mit Mitgliedern, Förderern und Akteuren der Zivilgesellschaft will Germanwatch eine starke Lobby für den benachteiligten Süden und eine nachhaltige Entwicklung bilden. Zu den Hauptaufgaben des Vereins gehören unter anderem der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel, der Welthandel und die Ernährung sowie die Unternehmensverantwortung. In diesen Bereichen arbeitet Germanwatch auch mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen zusammen. [rm]

- Germanwatch, Klaus Milke, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, E-Mail: info@germanwatch.org, www.germanwatch.org

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Biodiversitätspreis 2014

Natur im Fokus

■ Der Natur- und Tierfilmer Jan Haft hat Ende März in Hamburg den mit 10.000 Euro dotierten Deutschen Biodiversitätspreis der Heinz Sielmann Stiftung erhalten.

Mit dem Preis wird Hafts Leistung gewürdigt, die zum Verständnis der existenziellen Notwendigkeit von Biodiversität beiträgt. Haft, der als einer der besten Tierfilmer der Welt gilt, drehte zahlreiche Dokumentationen, darunter „Mythos Wald“ und „Wildes Skandinavien“. [mbu]

- www.sielmann-stiftung.de

Deutscher Engagementpreis

Soziale Arbeit wird belohnt

■ Bis zum ersten Juli nimmt das Projektbüro des Engagementpreises Nominierungsvorschläge für den Deutschen Engagementpreis entgegen. Seit 2009 wird der Deutsche Engagementpreis in jeweils fünf Kategorien und einer jährlich wechselnden Schwerpunktkategorie vergeben. Fest stehen folgende Kategorien: der gemeinnützige dritte Sektor, Einzelpersonen, Wirtschaft, Politik und Verwaltung sowie der Publikumspreis. Die diesjährige Schwerpunktkategorie soll das Miteinander der Generationen auszeichnen. Eine Expertenjury bestimmt die Gewinner der Kategorien und 15 Finalisten für den Publikumspreis. Ab Oktober kann jeder online seine Stimme für den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis abgeben. [rm]

- www.kurzlink.de/engagement-14-ite

Nachhaltigkeitspreis

Firmen und Gemeinden

■ Seit April können sich Unternehmen und Kommunen um den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2014 bewerben. Ab Juni wählt eine Jury dann die Gewinner aus. Unternehmen können dieses Jahr mit Ressourceneffizienz oder der nachhaltigsten Marke punkten. Erfolgreiche Maßnahmen zur Ressourcenschonung, Rohstoff- und Energieeffizienz sowie innovative Recycling- und Kreislaufkonzepte werden ausgezeichnet. Auch Unternehmen, die soziale und ökologische Verantwortung mit

erfolgreichen Geschäftsmodellen verbinden, haben eine Chance. Kommunen will die Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis für ihre nachhaltige Stadtentwicklung auszeichnen. Von der Allianz Umweltstiftung erhalten die besten Kommunen eine projektbezogene Fördersumme in Höhe von 35.000 Euro. Die Preisverleihung ist am 28. November in Düsseldorf. [rm]

- www.nachhaltigkeitspreis.de

UmweltMedienpreis 2014

Natürliche Lebensgrundlagen

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vergibt zum 19. Mal den UmweltMedienpreis für herausragende journalistische beziehungsweise schriftstellerische Leistungen. Dieses Jahr ist das Motto: Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Bis zum 30. Juni müssen die Nominierungen in der Bundesgeschäftsstelle der DUH eingegangen sein. Die PreisträgerInnen müssen mit ihrer Arbeit umweltrelevante Themen ins Bewusstsein bringen. [vv]

- www.duh.de/526.html

Videowettbewerb

25 Jahre Grünes Band

■ Der BUND nimmt bis 30. Juni Beiträge für den Videowettbewerb Grünes Band entgegen. Interessierte können eigene Filme zum Thema einreichen. Vor 25 Jahren hat der BUND das Projekt Grünes Band gegründet, ein länderübergreifender Biotopabschnitt, der sich an der ehemaligen innerdeutschen Grenze entlangzieht. Bis heute sind dort mehr als 1.200 bedrohte Tier- und Pflanzenarten angesiedelt. Es soll als Mahnmal und Erinnerung an kommende Generationen weiterexistieren. Deswegen richtet sich der Wettbewerb vorzugsweise an junge Menschen, so die Leiterin des Grüne-Band-Projektbüros Liana Geidezis. [rm]

- www.kurzlink.de/gruenesband-14.fw

TERMINE

MAI

07.–10.05.,
Luxemburg (LU)
**Gemeinsam für den
Wandel – Wie die
lokale Transformation
gelingt.** Klima-Bündnis-

Jahreskonferenz und Mitgliederversammlung
► www.klimabuendnis.org

09.05., Loccum (D)

**Schwein hin – Gülle her. Stoffströme in der
Landwirtschaft und ihre Auswirkungen**
► Evangelische Akademie Loccum, Monika Müller,
E-Mail: monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

10.05., Berlin (D)

Energiewende nicht kentern lassen! Demonstration
► www.energiewende-demo.de

10.05., EU-weit

Let's clean up Europe. Europäischer Aktionstag
► www.letscleanupeurope.eu

10.–11.05., Kassel (D)

**Wachsende grüne Ökonomie – Ausweg aus der
Krise oder Illusion.** Tagung
► Evangelische Akademie Hofgeismar,
Christine Lerner, Tel. +49 (0)5671 / 881-118,
E-Mail: christine.lerner@ekkw.de,
www.kurzlink.de/evahofgei-2014-05-10

12.05., Lüneburg (D)

Interkommunale Kooperation im Klimaschutz.
Tagung
► Deutsches Institut für Urbanistik (difu),
Dina Lieder, Tel. +49 (0)221 / 340308-12,
E-Mail: lieder@difu.de,
www.kurzlink.de/difu-tg-2014-05-12

15.05., Düsseldorf (D)

**Kommunen zwischen Energiemarktdesign und
Klimaschutzgesetzgebung.** Fachtagung
► Deutsches Institut für Urbanistik (difu), Deutscher
Städtetag, Landeshauptstadt Düsseldorf,
Sigrid Künzel, Tel. +49 (0)221 / 340308-0,
E-Mail: kuenzel@difu.de,
www.kurzlink.de/difu-tg-2014-05-15

16.–17.05., Sonthofen (D)

7. Bundestreffen der Regionalbewegung. Tagung
► www.regionalbewegung.de/bundestreffen2014

21.05., Berlin (D)

**Umwelt und Ressourcen indigener Völker in der
Asien-Pazifik-Region**
► West Papua Netzwerk und Pazifiknetzwerk in
Kooperation mit Brot für die Welt, Stiftung Asienhaus
und Vereinte Evangelische Mission,
www.kurzlink.de/asienhaus-2014-05-21

23.–25.05., Hofgeismar (D)

**Blockaden überwinden – Große Transformation
und kultureller Wandel.** Tagung
► Evangelische Akademie Hofgeismar,
Claudia Bochum, Tel. +49 (0)5671 / 881-122,
E-Mail: claudia.bochum@ekkw.de,
www.kurzlink.de/evahofgei-2014-05-23

25.05., deutschlandweit

Europawahl
► www.elections2014.eu/de

27.05., Göttingen (D)

**Lebensraum unter Strom – Trassen ökologisch
managen.** Tagung
► Deutscher Verband für Landschaftspflege,
Lieselotte Unsel, Tel. +49 (0)981 / 4653-3545,
E-Mail: unsel@lpv.de,
www.kurzlink.de/lpv-tgng-2014-05-27

JUNI

1.06., Karnitz (D)

**Internationale Sommeruniversität zu Transmedia
Storytelling: Kultur des Klimawandels.** Online-
gestützte Weiterbildung inklusive 14-tägiger
Präsenzphase
► Kolleg für Management und Gestaltung
nachhaltiger Entwicklung KMGNE,
Martina Zienert, Tel. +49 (0)30 / 29367940,
E-Mail: mzienert@kmgne.de, www.ccclab.info/karnitz

02.06., Berlin (D)

Verstehen – vermitteln – verändern.
Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung
► www.kurzlink.de/ratfuerne-2014-06-02

03.–05.06., Brüssel (B)

Circular Economy – saving resources, creating jobs.
European Greenweek 2014
► www.greenweek2014.eu

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Mai 2014
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband
der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände
(DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49
(0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verant-
wortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internatio-
nales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Da-
niel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl],
Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionel-
le Mitarbeit:** Valentina Voß [vv], Robert Multrus [rm],
Sabine Spilles [ssp], Lis Hagedorn [lh], Reovadi Prapavat
[rp], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD].
ökopädNEWS: siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marien-
str. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582,
E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.
Fotos: DLR (Titel), © Sarah Behne (S. 23). **Grafik/
DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck +
Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt
auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/
Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats
Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime
Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen,
Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail:
oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München,
Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de
Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Heraus-
gebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-
währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit
der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.
Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht
mit denen der Förderer übereinstimmen.



Tagungsbericht

Braune Grüne

Wo sind die Schnittstellen zwischen Fremdenfeindlichkeit, antidemokratischen Einstellungen und ökologischem Bewusstsein? Mit welchen Strategien wird der Umweltschutz in einem rechtsradikalen Weltbild instrumentalisiert? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Tagung „Naturschutz – ein aktuelles Themen- und Aktionsfeld der rechtsradikalen Szene“.

□ In Vorträgen und Workshops widmeten sich rund 50 TeilnehmerInnen dem Thema in seiner ganzen Bandbreite. Die Tagung, die im November 2013 in der Internationalen Naturschutzakademie der Insel Vilm stattfand, wird im Juni fortgesetzt.

Wer sich von rechtem Gedankengut distanzieren will, braucht als Handwerkszeug zunächst eine differenzierte Begriffswahl. Reinhard Piechoki vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) auf Vilm betonte, dass gerade im naturwissenschaftlichen Kontext eine wertfreie Sprache unabdingbar sei, um eine sachliche Diskussion zu ermöglichen.

Historie

Der deutsche Bauer auf eigener Scholle galt Nationalisten zur Zeit der Industrialisierung als idealer Gegenentwurf zum kritisierten modernen Bürgertum. Dass der in diesen Kreisen entstandene Heimatschutzgedanke nicht nur demokratische Formen kannte, erklärte Hans Werner Frohn von der Stiftung Naturschutzgeschichte in Königswinter.

Mit dem Reichsnaturschutzgesetz von 1935 wurde der Naturschutz politisches Thema. Zeitgleich entwickelten sich völkische Siedlungsprojekte des Bund Artam, wie Hartmut Gutsche vom Regionalzentrum für demokratische Kultur Stralsund in seinem Workshop skizzierte. Seit den Neunzigerjahren gebe es erneut Siedlungsprojekte, die sich mit Biobauern und Handwerkern zu regelrechten Ökosiedlungen ausgeweitet hätten. Die rechte Gesinnung der sogenannten Neoartamanen bleibe oft lange unerkannt. Wenn Kinder jedoch von Pommern statt Vorpommern sprächen, die Eltern zu Brauchtumsfeiern einluden oder den

„Multikultiwahn“ beklagten, zeige sich ihr rechtes Weltbild.

Dass Rechtsextremismus aus weit mehr als Parteien wie der NPD, der Rechten oder Pro NRW besteht, weiß Politologin Gudrun Heinrich von der Universität Rostock. Unter dieser „Spitze des Eisberges“ verstecke sich eine große Bandbreite an Möglichkeiten, rechte Gesinnung zu leben. Sei es in freien Kameradschaften, bei Konzerten rechtsextremistischer Bands oder durch das Tragen entsprechender Kleidung. Frau Heinrich stellte weiter klar, dass die Besetzung des Umweltthemas durch die Rechten nicht

THEMENHEFT RECHTSEXTREMISMUS

aus populistischen Gründen, sondern aus einer langen Tradition heraus geschehe.

Mythos Germania

Die Argumentation beruht auf einem Weltbild, als dessen Grundlage Kommunikationswissenschaftler Nils Franke aus Leipzig den „Mythos Germania“ nennt. Die raue Wildnis Urgermaniens erforderte Stärke und Robustheit. Eigenschaften, die von den Rechten zu deutschen, vererbaren Charakteristika stilisiert werden. Überfremdung ist somit ihre größte Bedrohung, sei es bei der angeblich durch amerikanische Konzerne bedrohten Nutzpflanzenvielfalt, oder durch Migration, die zu Überbevölkerung und dem „deutschen Volkstod“ führe.

Ergänzend stellte Christine Decker von der Heinrich-Böll-Stiftung Rostock dar, wie sich der Tierschutz in diese Denkmuster einfügt. Rechte AktivistInnen nähmen beispielsweise die religiöse Praxis des

Schächtens als Ansatzpunkt für Antisemitismus und Antiislamismus.

Medien

In rechten Medien, wie der von Sozialwissenschaftler Andreas Speit aus Hamburg präsentierten Zeitschrift „Umwelt&Aktiv“, wird die Vielschichtigkeit der ideologischen Propaganda besonders deutlich. Unter dem Deckmäntelchen von ganzheitlichem Denken, Umwelt-, Tier- und Heimatschutz wirbt der herausgebende Verband Midgard e.V. für rechtes Gedankengut. Zwischen Artikeln über Preisdumping bei Großkonzernen und die Bedrohung durch Genhonig findet sich sorgfältig verpackt viel rechtes Gedankengut.

Wer sich gezielt davon distanzieren möchte, sollte besonders bei den Argumentationen der Akteure aufmerksam sein. Gerade Bürgerinitiativen und Verbände bieten Gelegenheiten für Rechte, ihre Ideen nach und nach zu verbreiten. Beim Einkauf zeigen Verbände wie Bioland oder der Bund Ökologischer Lebensmittelwirtschaft politische korrekte Ware: Sie haben sich vom menschenverachtenden rechten Weltbild distanziert und schließen rechtsextreme Bauern aus.

Die Tagung bot über das Programm hinaus eine Plattform für Austausch und Vernetzung der Akteure aus Naturschutz und Beratungsinstitutionen. Die Folgetagung findet im Juni 2014 statt.

Ann-Kathrin Hoffmann,
Bildungszentrum für Natur, Umwelt und
ländliche Räume des Landes
Schleswig-Holstein

▷ www.bnur.schleswig-holstein.de

BLICKPUNKT

Anlaufstellen gegen Rechtsradikalismus

Mehrere Handlungsstrategien haben sich als besonders hilfreich gegen Rechtsradikalismus erwiesen.

Beratung

Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus beraten Einrichtungen und Institutionen, Parteien und Einzelpersonen, die mit Rechtsextremismus konfrontiert sind. Sie klären über Handlungsoptionen auf, führen Schulungen zu verschiedenen Themen durch und vermitteln zwischen lokalen Akteuren und Politik. Das heißt, sie versuchen gemeinsam mit den Anfragenden eine Lösung zu erarbeiten und umzusetzen. Eine Übersicht der bundesweit aktiven Mobilen Beratungsteams ist auf der Internetseite von „Netz gegen Nazis“ zu sehen. Im Gegensatz zur juristischen Ebene, in der der Fokus auf TäterInnen gelegt ist, rücken die Opferberatungsstellen Betroffene in den Mittelpunkt. Sie bieten sowohl psychische Unterstützung als auch juristische Beratung und Prozessbegleitung.

Dokumentation

Eine kontinuierliche Analyse der Situation in einer Kommune können Register zur Erfassung von rassistischen, antisemitischen, homophoben, rechtsextremen und diskriminierenden Vorfällen liefern. Im Gegensatz zu polizeilichen Statistiken nehmen Register auch Vorfälle auf, die nicht strafrechtlich relevant sind. Darunter fallen Aufkleber, Sprühereien, Pöbeleien oder legale Veranstaltungen der rechten Szene. Zivilgesellschaft und Verwaltung leiten diese Vorfälle an das Register weiter, das damit inhaltliche, räumliche oder Tat-Schwerpunkte des Rechtsextremismus abbilden kann. Informationen zur Arbeit eines Registers sind auf der Internetseite des Registers Treptow-Köpenick zu finden. Um präventiv tätig zu werden, sind Fortbildungen oder Informationsveranstaltungen unerlässlich. Ob im Lehrerkollegium, in der Verwaltung oder für zivilgesellschaftliche Initiativen – unterschiedliche Einrichtungen bieten zu vielen der Themen Vorträge oder Workshops an. Schulungen zu rechter Symbolik, rechtsextremer Ideologie oder Argumentationstrainings gegen rassistische Stammtischparolen bilden häufig den Anfang der inhaltlichen Auseinandersetzung. Zunehmend sind auch Themen wie braune Ökologie, Verhalten auf Demonstrationen oder Fundraising für lokale Initiativen gefragt. Veranstalter für Projektstage an Schulen sind das Netzwerk für Demokratie und Courage, der DGB oder Schule ohne Rassismus. Unterstützung bei der Vermittlung von Referentinnen

im Themenfeld Rechtsextremismus leisten bundesweit die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München oder das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin.

Initiativen

Jenseits von professioneller Beratungs- und Bildungsarbeit sind auf kommunaler Ebene die Vernetzung und Unterstützung von Engagierten notwendig, um Rechtsextremismus langfristig zurückzudrängen. Besonders erfolgreich sind lokale Bündnisse und Initiativen, in denen sich neben AnwohnerInnen auch Lokalpolitik und Verwaltung einbringen. Sie genießen durch die lokale Verankerung mehr Glaubwürdigkeit als externe ExpertInnen. Die größten Mobilisierungserfolge erzielen Aktivitäten, die zum Mitmachen anregen und einen niedrigschwelligen Zugang bieten. Gemeinsame Spaziergänge zur Entfernung rechter Propaganda tragen über das Gespräch mit den NachbarInnen zur Sensibilisierung für rechte Symbolik und Ideologie bei. Weiterhin wirkt sich die Unterstützung von alternativer Jugendkultur positiv auf eine Region aus. Viele Projektideen auf lokaler Ebene sind in lokalen Aktionsplänen umgesetzt worden. Sie sind Teil des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesfamilienministeriums. Dabei erarbeiten Kommunalpolitik, Verwaltung und Zivilgesellschaft gemeinsam lokale Aktionspläne. Greifen verschiedene Handlungsstrategien ineinander, kann Rechtsextremismus zurückgedrängt werden. Mobile Beratung, Opferberatung und Register liefern ein detailliertes Bild zu den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und helfen dabei, weitere Handlungsstrategien in den Kommunen zu entwickeln. Träger der politischen Bildung vermitteln die Inhalte, die für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nötig sind. Unerlässlich für eine erfolgreiche Strategie bleibt jedoch die Arbeit von Engagierten vor Ort, die die Kommunen unterstützen sollten. [Kati Becker]

Die Autorin arbeitet beim Zentrum für Demokratie und ist Autorin der Heinrich-Böll-Stiftung

- ▷ www.zentrum-für-demokratie.de
- ▷ www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de
- ▷ www.netz-gegen-nazis.de
- ▷ www.register-tk.de

ZUM THEMA

Tagung

Naturschutz und Rechtsradikalismus

□ Das Bundesamt für Naturschutz (BfN), die Evangelische Akademie der Nordkirche und die Universität Rostock veranstalten vom 16. bis 19. Juni in der

Internationalen Naturschutzakademie Insel Vilm den zweiten Teil der Tagung „Naturschutz und Rechtsradikalismus – Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten“. Zu der Tagung sind VertreterInnen des amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutzes sowie Initiativen, Netzwerke der Zivilgesellschaft und Beratungsinstitutionen gegen Rechtsextremismus eingeladen.

▷ www.bfn.de

Informationen aus dem Netz

Ratgeber gegen rechts

□ Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) bietet allen Beratung und Unterstützung an, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich für die Stärkung demokratischer Kultur einsetzen wollen. In Berlin entwickelt die MBR gemeinsam mit den Menschen situationsbezogene Handlungsstrategien. Außerdem informiert und begleitet sie

die Umsetzung von lokalen und integrierten Kommunalanalysen. Für Interessierte außerhalb Berlins finden sich auf der Homepage der MBR Hintergrundinformationen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Form von Vorträgen, Recherchen, Dokumentationen, Analysen, Veröffentlichungen und Fachliteratur.

▷ www.mbr-berlin.de

Toolbox gegen rechte Gewalt

Opferperspektive

□ Die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt „Opferperspektive“ in Brandenburg hat eine speziell für Jugendliche konzipierte Broschüre herausgegeben, die Reaktionsmöglichkeiten auf rechtsextremistische Angriffe aufzeigt. Auch für PädagogInnen eine informative Lektüre.

▷ www.opferperspektive.de

Fluter

Junges Engagement

□ Das von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebene Heft „Fluter“ richtet sich speziell an Jugendliche und junge Erwachsene. Entsprechend ist auch das Heft zum Thema „Nazis“ durch die Vorstellung jugendlicher Aktiver gegen Nazis und gut aufbereitete Information nah an der Lebenswirklichkeit seiner Zielgruppe.

▷ www.fluter.de/de/109/thema/

Hintergrund

Braune Grüne

□ Braune Ökologen finden sich natürlich nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, aber dort ist besonders das Problem „völkische Siedler“ groß. Längst nutzen

Rechtsextreme das grüne Thema Ökologie für ihr feindseliges Weltbild und stellen die Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen. Der Bericht „Braune Ökologen – Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns“ fragt auf knapp hundert Seiten, ob „Braune Ökologen“ weiter Fuß fassen können, beschreibt deren Einfluss sowie die Rolle der NPD und geht der Frage nach, wie sich die Zivilgesellschaft gegen die antidemokratischen Aktivitäten zur Wehr setzen kann.

▷ www.boell.de/de/content/braune-oekologen-hintergruende-und-strukturen-am-beispiel-mecklenburg-vorpommerns

Naturschutz gegen Rechtsextremismus

Argumentationshilfen

□ Das Landesumweltministerium Rheinland-Pfalz bietet mit der Initiative Naturschutz gegen Rechtsextremismus Hilfestellung für Engagierte in Natur- und Umweltschutz oder in der Umweltbildung bzw. Bildung für Nachhaltigkeit. Die Initiative umfasst die Broschüre „Naturschutz gegen Rechtsextremismus. Eine Argumentationshilfe“, Materialien für einen Workshop mit Jugendlichen ab ca. 14 Jahren und Materialien für einen Workshop mit Erwachsenen.

▷ mulewf.rlp.de/natur/aktuelles-service/initiative-naturschutz-gegen-rechtsextremismus

Naturschutz gegen Rechtsextremismus

Sommerlager

□ Die Landeszentrale für Umweltaufklärung und das Freiwillige Ökologische Jahr Rheinland-Pfalz veranstalten vom 10. bis 13. Juni im Pfälzer Wald das Sommerlager Naturschutz gegen Rechtsextremismus mit Vorträgen, Diskussionen, Exkursionen.

▷ Informationen: Dirk Hennig; foej@wald-rlp.de

Gegen rechtsextreme Ökosprüche

Klartext

□ Mit Umweltthemen wollen Rechtsradikale auch bei Jugendlichen punkten. Die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz hat in Zusammenarbeit mit dem Landesumweltministerium Rheinland-Pfalz die Broschüre „Klartext gegen rechtsextreme Ökosprüche“ als Sammlung von Gegenargumenten herausgebracht.

Die Broschüre bietet dafür sieben „Trainingseinheiten“ für 12- bis 20-Jährige, die sich gegen Rechtsextremismus in der Ökoszene zur Wehr setzen wollen. Die 81 bildreichen Seiten sollen helfen, rechtsextreme Sprüche zu enttarnen, nicht unkommentiert stehen zu lassen und ihnen so den Raum zu nehmen. Die Kapitelüberschriften „Lockmethoden der Neonazis erkennen – Rumfaseln der Neonazis stoppen – Neonazis korrekt Rechnen beibringen – Die Landkarte klären – Neonazis in Biologie Nachhilfe geben – Global denken, vor Ort handeln. Das Beispiel Natur- und Umweltschutz – Neue Lösungen erfinden statt alte Rezepte wiederkauen“ machen den Ansatz deutlich.

Beliebte Behauptungen der Neonazis wie „Deutschland ist eines der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt, wir müssen also die bedrohliche Zuwanderung von Ausländern stoppen“ werden benannt und Gegenargumente aufgeführt. In diesem Fall ist der vorgeschlagene Konter: „In Deutschland stehen 8,6% aller Wohnungen leer, vor allem in den neuen Bundesländern. Wir haben in Deutschland also kein Problem mit der Siedlungsdichte, sondern mit der Verteilung.“ Rechtsextremistisch motivierte Panikmache vor invasiven Arten soll mit dem Verweis auf Kartoffeln und Tomaten die Stirn geboten werden.

Thema der Sammlung sind auch die Siedlungsbewegung der Artamanen, Hitlers Meinung zur Jugenderziehung und die Bedeutung verbreiteter Kürzel und Fachbegriffe.

▷ www.umdenken.de

Hintergrund

Ökologie von rechts

□ Die im oekom Verlag erscheinende Zeitschrift politische ökologie hat den braunen Umweltschützern ein ganzes Heft gewidmet. Mehrere Hintergrundartikel beleuchten braune Ökologie aus verschiedenen Blickwinkeln. Buchrezensionen, Projektvorstellungen und weiterführende Links runden das Heft ab. Die Printausgabe ist vergriffen, das E-Book aber sofort erhältlich. Bestellungen der 2. Auflage sind bereits jetzt im Voraus möglich.

▷ www.oekom.de/zeitschriften/politische-oekologie

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

WILA Bonn

Tatort Wald

□ In verteilten Rollen als VertreterInnen von Wirtschaftsverbänden, Verwaltung, Naturschutzgruppen oder Freizeitgruppen können Jugendliche ab 15 Jahren im „Tatort Wald“ deren Nutzungskonflikte durchspielen. Das Team des Wissenschaftsladens (WILA) Bonn hat das halbtägige Planspiel in den vergangenen zwei Jahren mit 21 Schulklassen durchgeführt und weiterentwickelt. Mit den neuen Spielunterlagen können Schulen „Tatort Wald“ mit und ohne Unterstützung des WILA Bonn spielen. „Tatort Wald“ hat nicht nur den Deutschen Naturschutzpreis erhalten, sondern wurde außerdem auch als offizielles Projekt der UN-Dekade für Biologische Vielfalt ausgezeichnet.

▷ www.wila-planspiele.de

Jugendwettbewerb

Naturtagebuch 2014

□ Das Naturtagebuch ist ein Naturerlebnis-Wettbewerb der BUNDjugend für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren. Sie sollen alleine oder in Gruppen die Natur in ihrer

Umgebung über einen längeren Zeitraum beobachten und ihre Entdeckungen in einem Naturtagebuch kreativ dokumentieren. Schreiben, malen, fotografieren, basteln – alles ist erlaubt. Das Jahresthema 2014 lautet: Luft. Zusätzlich zum Bundeswettbewerb gibt es in vielen Bundesländern auch Naturtagebuch-Landeswettbewerbe. Die BUNDjugend stellt Begleithefte für PädagogInnen und Familien sowie ein Heft mit Tipps für die Kinder zur Verfügung.

▷ www.naturtagebuch.de

NAJU Bundescamp 2014

Neue Energie

□ Das NAJU Bundescamp bietet vom 29. Mai bis zum 1. Juni spannende Workshops, entspannte Atmosphäre, Platz für Ideen und viel Input zum Thema Energiewende. Das Camp findet auf einem Zeltplatz in Immenhausen bei Kassel statt. Teilnehmen können 200 Jugendliche ab 14 Jahren, egal ob NAJU-Mitglied oder nicht.

▷ www.bit.ly/bundescamp

WISSENSWERT

Studium in Wien

Umweltpädagoge B.Ed.

□ Im Herbst 2014 startet wieder der Studiengang Umweltpädagogik an der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien. Er bietet pädagogische, didaktische, fachliche und persönliche Schlüsselkompetenzen auf wissenschaftlicher Grundlage. Themen wie regionale Nachhaltigkeit, Umgang mit Naturräumen, Klimaschutz und Energieeffizienz sind genauso Programm wie allgemeine Bildungswissenschaften, Persönlichkeitsbildung, Projekt- und Prozessmanagement. Mehrwöchige Praktika schaffen Praxisnähe. Anmeldeschluss ist der 5. September.

▷ www.agrarumweltpaedagogik.ac.at

Nachhaltigkeit am Kiosk

mein BIOLife

□ Die erste Ausgabe des Magazins BIOLife aus dem Marvin Verlag präsentiert Themen aus dem Bereich „fair leben und nachhaltig konsumieren“ in ansprechendem Layout. Aus den Artikelserien über das nachhaltig produzierte Fairphone, die Rückkehr des Wolfes, Sharing-Portale im Internet oder Saisonkalender für Gemüse lassen sich für die Bildungsarbeit Informationen und Anknüpfungspunkte holen. Artikel über Säure-Basen-Fasten können aus Sicht der BNE getrost überblättert werden.

▷ www.biolife-magazin.de/

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

23.–29.06.14, deutschlandweit

Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit

Privatpersonen, Vereine, Initiativen, Stiftungen, Schulen, Kindergärten, Kirchen, Unternehmen, Umwelt- und Entwicklungsverbände, Städte, Gemeinden, Behörden – jeder kann sich mit einer frei gewählten Projektidee zur Nachhaltigkeit beteiligen.

▷ www.aktionstage-nachhaltigkeit.de

Impressum

Herausgeber

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oekopaednews@anu.de;
Annette Dieckmann, dieckmannl@anu.de
ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de

ökopädNEWS

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.